№ 77. Morgenblatt.

Mittwoch, 16. Februar.

Die „Volks-Zeitung" erscheint täglich zwei Mal — Morgens und Abends — mit Ausnahme der Tage nach Sonn- und Festtagen.
Redaktion: W., Lützowstraße 105.
Chef-Redakteur: Karl Vollrath in Berlin.

Expeditions-Stellen: W., Lützowstraße 105. W., Kronenstraße 46. O., Gr. Frankfurter Str. 87.

Druck und Verlag: „Gutenberg", Druckerei und Verlag, Aktien-Gesellschaft. Berlin W., Lützowstraße 105.

Volks-Zeitung.

Organ für Jedermann aus dem Volke.

Gratis-Beilage: „Illustrirtes Sonntagsblatt."

Berlin. 1898. — 46. Jahrgang.

Abonnementspreis für Berlin: Vierteljährlich incl. Bestellgeld 4 Mark — Pf. Monatlich „ „ 1 „ 35 „ Wöchentlich „ „ — „ 35 „
Beim Selbstabholen aus der Expedition: Quart. 3,25 Mk., Monat 1,10 Mk., Woche 30 Pf.
Bei allen Postanstalten: in Preußen, ganz Deutschland und Oesterreich pro Quartal 4,50 Mark, zweimonatlich 3 Mark, dritte Monat 1,50 Mark.
Einzelne Nummer: 10 Pfennig.

Insertionsgebühr: Für die gewöhnliche Zeile 40 Pfennig.

Aus der Chronik des Jahres 1848.

16. Februar.

Italien. In Rom herrscht Arbeitslosigkeit und Aufregung. Der Papst hat eine Kommission aus Kardinälen und Prälaten ernannt, die ermitteln soll, wie weit man in der Gewährung politischer Freiheiten gehen könne ohne Gefährdung der Einrichtungen und Aufgaben des Kirchenstaates. Auch für den übrigen italienischen Staaten wünscht man, daß der Kirchenstaat eine Verfassung einführe, damit diese Staatsform durch den Papst geweiht erscheine.

Der Kultusminister und die Schuldeputationen.

Im „Reichsanzeiger" wird eine vom 9. ds. Mts. datirte Verfügung des preußischen Kultusministers Herrn Dr. Bosse veröffentlicht, welche sich über das Verhältniß der Aufsichtsbehörde zu den Schuldeputationen, sowie über deren Pflichten und Befugnisse ausspricht. In dem bemerkenswerten Schriftstücke heißt es, daß die Schuldeputationen in den „kreisfreien" Städten im Sinne der Instruktion vom 26. Juni 1811 als staatliche Aufsichtsbehörden anzusehen sind, an welche die Regierung die Ausübung ihrer Befugnisse freiwillig übertragen habe. Es wird bezüglich der Zusammensetzung der Stadtschuldeputationen gefordert, daß der Kreis-Schulinspektor, auch wenn er nicht Mitglied der Schuldeputation sein sollte, als Kommissar der Bezirksregierung an den Sitzungen der Deputation teilnimmt und daß sich ferner unter den sachverständigen Mitgliedern der Deputation mindestens je ein Geistlicher (!) von der Konfession der im Stadtschulbezirk vorhandenen Schulen und ein im Stadtschulbezirk angestellter Lehrer oder ein Rektor befinden.

„Zumeist wird dies," so heißt es in dem Schriftstück weiter, „schon jetzt der Fall sein. Eventuell wird durch Entgegennahme einer entsprechenden Zusage sicherzustellen sein, daß bei der Wahl neuer Mitglieder der Stadtschuldeputation die Zusammensetzung in der angegebenen Weise herbeigeführt werden wird.

Wo diese Voraussetzungen zutreffen, werden die königlichen Regierungen in der Lage sein, und ermächtige ich dieselben (unter gewissen Vorbehalten) hierdurch, im Wege der Delegation die Stadtschuldeputationen der kreisfreien Städte Ihres Bezirks möglichst selbstständig zu stellen und Ihre bestimmende Mitwirkung, abgesehen von besonders wichtigen Fällen oder bei Anrufung zur Entscheidung von Beschwerden und Meinungsverschiedenheiten innerhalb der Deputation selbst oder zwischen der Schuldeputation und dem Kreis-Schulinspektor, oder von Seiten Beteiligter auf folgende Fälle zu beschränken:

1. Beurlaubung nicht erkrankter Lehrpersonen, sofern sie einen Zeitraum von sechs Monaten übersteigt;
2. Anstellung bezw. Bestätigung der Lehrpersonen sowie disziplinare Maßregeln gegen dieselben im bisherigen Umfange, und ihre Versetzung in den Ruhestand;
3. Einführung neuer oder Abänderung bestehender Besoldungsordnungen;
4. Erlaubniß zur Uebernahme von remunerirten Nebenämtern, Privatagenturen oder zum Gewerbebetrieb durch Lehrpersonen;
5. Einführung neuer Lehrbücher und Lehrpläne, wobei es übrigens bei der bisherigen Mitwirkung der Provinzial-Schulkollegien bewendet;
6. grundsätzliche Aenderungen in der Organisation der Schulsysteme;
7. Festsetzung der Ferienordnung;
8. Erlaß von Instruktionen für Rektoren und Hauptlehrer;
9. Genehmigung zur Errichtung von Privatschulen.

Betreffs des Punktes 2 bemerke ich, daß von einzelnen Städten die Uebertragung disziplinarer Befugnisse über die Lehrpersonen an die Stadtschuldeputationen in Antrag gebracht ist. Hierzu erachte ich mich nicht für befugt. Aber ich wünsche, daß der Kreisschulinspektor, wie alle bedeutsameren inneren Angelegenheiten, so auch die Fälle disziplinaren Einschreitens, sofern nicht eine besonders vertrauliche Behandlung geboten erscheint, zur Kenntniß der Schuldeputation bringt, nach Befinden auch eventuell vor der Entscheidung die Meinung der Schuldeputation darüber einholt. Denn auf dem vertrauensvollen Zusammenwirken des staatlichen Kreisschulinspektors und der Stadtschuldeputation auf allen inneren und äußeren Gebieten des Schulwesens beruht wesentlich die gedeihliche Entwickelung der örtlichen Schulverwaltung.

Ueber die Durchführung und die Bewährung der getroffenen Maßnahme erwarte ich nach zwei Jahren Bericht.

Dabei füge ich noch Folgendes hinzu:

Die Durchführung dieses Erlasses wird sich nicht auf den Geltungsbereich der Instruktion vom 26. Mai 1811 zu beschränken, sondern zunächst in allen den kreisfreien Städten der ganzen Monarchie einzutreten haben, in denen auf Antrag der städtischen Behörden die Anwendbarkeit durch Beschluß der zuständigen königl. Bezirksregierung für angängig erklärt wird. Sollte sich hierbei die Aufstellung neuer Instruktionen für die betreffenden Stadtschuldeputationen als wünschenswert erweisen, so sind mir dieselben vor ihrer Bestätigung einzureichen.

Auch da, wo ein solcher Antrag seitens der städtischen Behörden nicht gestellt wird, weil die Besonderheit der örtlichen Verhältnisse die Bildung einer solchen Schuldeputation nicht gestattet, wünsche ich, daß den örtlichen Schulverwaltungsorganen möglichst freie Bewegung gelassen und dadurch ihre freudige Mitarbeit an der Entwickelung des Schulwesens gehoben wird.

Zu einer Verfügung wegen Mitwirkung der Stadtschuldeputationen in den kreisfreien Städten bei Anstellung der Lehrkräfte scheint eine Veranlassung nicht vorzuliegen, da in den eingegangenen Berichten Wünsche und Anträge nach dieser Richtung nicht laut geworden sind. Um indessen über diesen Punkt keinen Zweifel aufkommen zu lassen, will ich hiermit noch ausdrücklich allgemein anordnen, daß, wo etwa in kreisfreien Städten der Vorstand des Schulverbandes (Magistrat ꝛc.) weder rechtlich noch tatsächlich an der Berufung der Lehrer Anteil hat und die Lehreranstellung bisher durch die Schulaufsichtsbehörde allein ohne jede Mitwirkung des Schulverbandes erfolgt, in Zukunft jedenfalls der Magistrat und die Schuldeputation, sofern aber die Schulunterhaltungspflicht nicht der Stadtgemeinde, sondern einem oder mehreren Schulverbänden obliegt, statt des Magistrats der Vorstand der beteiligten Schulgemeinde vor der Anstellung darüber zu hören ist, ob Einwendungen gegen die Person des für die betreffende Stelle Bestimmten zu erheben sind."

Berlin, 16. Februar 1898.

Im Reichstage wurde gestern der Etat der Zölle und Verbrauchssteuern beendigt, und der Gesetzentwurf über die freiwillige Gerichtsbarkeit ohne Debatte angenommen. Dann leitete Staatssekretär v. Posadowsky die neue Vorlage zur Subvention der Postdampferlinie nach Ostasien mit einer empfehlenden Rede ein, die von dem Sprecher der freisinnigen Vereinigung gleich noch einmal gehalten wurde. Heute ist Schwerintag. Der Antrag Auer betreffend das Koalitionsrecht wird in zweiter Lesung beraten.

Im Abgeordnetenhause wurde gestern die Interpellation des Zentrums über Mittel zur Beseitigung des ländlichen Arbeitermangels von der Regierung nicht beantwortet. Die Minister waren durch einen Kronrat am Erscheinen verhindert, ein Unterstaatssekretär erklärte, es seien Berichte eingefordert, aber erst nach deren Eingang könne die Regierung sich über diese Frage schlüssig machen. Es folgte darauf die erste Beratung der Vorlage auf Erhöhung des Grundkapitals der Zentral-Genossenschaftskasse von 20 auf 50 Millionen Mark. Abg. Richter übte an dem Entwurf eine längere, sehr eingehende Kritik, deren Eindruck sich auch die gegnerischen Parteien nicht zu entziehen vermochten. Für die Vorlage sprachen Herr v. Miquel sowie einige konservative Abgeordnete. — Im **Herrenhaus** wurde der Antrag betreffend die Maßnahmen zur Verhütung der Hochwasserschäden nach kurzer Beratung der Regierung als Material überwiesen.

Ueber den Zweck der „**Sammlung**" sind sich die Rückschrittler in die Haare geraten. Der Schleifstein will sogar dem Herrn v. Miquel das Verdienst absprechen, den Anstoß zu der Bewegung gegeben zu haben, die jetzt alle reaktionären Elemente von den Nationalliberalen bis zu den Antisemiten zusammenzufassen sucht. In der an und für sich lächerlichen Behauptung, daß eine „Sammlung schlechthin" von keiner Seite befürwortet sei, steckt jedoch die Anerkennung der Tatsache, daß die Sammlung sich unter ganz andern Gesichtspunkten vollzieht, als der Drahtzieher hinter den Kulissen erwartet hatte. Der Bund der Landwirte hat die Sammlung in die Hände genommen und führt sie mit bekannter Rücksichtslosigkeit durch, um im nächsten Reichstag eine geschlossene Partei zu bilden, die stark genug ist, die Handelsvertragspolitik auch gegen den Willen der Regierung über den Haufen zu werfen. Die Empfindlichkeit einzelner Parteien stört den Bund in seinem Vorgehen nicht. Ihm ist es gleich, ob die Konservativen über die Bevorzugung der Antisemiten jammern, ob einzelne Nationalliberale vor der Schädigung der Exportindustrie warnen, er stellt nur solche Kandidaten auf, die sich ihm mit Haut und Haaren verschreiben. Weder Konservative noch Nationalliberale haben ein Recht, sich über diese Behandlung seitens des Bundes zu beklagen; sie haben selbst die Schlingpflanze begossen und großgezogen, die sie jetzt in ihrer Umarmung erstickt. Jetzt ist es zu spät, sich dagegen zu wehren; die verzweifelten Versuche der „Kreuzzeitung" und der „National-Zeitung" ändern nichts an der Tatsache, daß der Bund die Mandate vergiebt, wie er es für gut befindet. Das wird täglich durch neue Beispiele bewiesen. In Bromberg hat der Bund die Nationalliberalen beiseite geschoben, in Hannover entpuppen sich auch die nur von den Nationalliberalen aufgestellten Kandidaten als Leute, die sich schon vorher dem Bunde verpflichtet haben. Das interessanteste Beispiel dieser Art bieten die Vorfälle im Wahlkreis Teltow-Beeskow-Storkow, wo der „reine" Antisemit dem „konservativen" Kandidaten weichen mußte, den der Bund der Landwirte auf den Schild erhoben hatte. Die „Kreuzztg." triumphirte damals über dies „loyale" Verhalten des Bundes, obwohl sie gleichzeitig melden mußte, daß der neue Kandidat, Herr Pauli, sich der konservativen Fraktion nicht anschließen werde. Die Antisemiten schwiegen und lachten sich ins Fäustchen, denn — sie kannten Herrn Pauli schon lange als einen „reinen" Antisemiten der schärfsten Tonart.

Nachdruck verboten.

Isabella Fianelli.

Roman nach Motiven von Orlanda Guidi
Frei bearbeitet von Max von Weißenthurn.

21)

Die Fürstin warf Francesca einen raschen Blick zu, um sich wenn möglich zu überzeugen, ob jene die Wahrheit spreche oder ob diese letzte Mitteilung nur eine poetische Erfindung sei, welche die Bestimmung hatte, den Verdacht des Fürsten abzulenken. Francesca's Gesicht aber war so undurchdringlich wie eine Maske.

„Ich kann sehr bald mich von der Wahrheit all' dieser Behauptungen überzeugen, wenn ich diesen Brief durchlese," erklärte Fürst Rova jetzt etwas gelassener, während er dabei das Antlitz seiner Frau scharf musterte. Es entging ihm auch nicht, daß sie leicht die Farbe wechselte, und der Verdacht, welchen er hegte, fand dadurch erneute Bestätigung.

„Du kannst natürlich tun, was Dir beliebt," sprach sie kühl und ruhig, „in Anbetracht der Umstände aber, durch welche dieser Brief in Deine Hand gelangt ist, dünkt es mir kaum ehrenhaft, daß Du die Absicht hegst, ihn zu lesen. Isabella Fianelli ist sehr jung, ich bin ihren Eltern wahrhaft zugetan, und deshalb wollte ich nicht, daß Francesca sich zu dem weiteren Ausspinnen dieser Intrigue hergebe. Graf Robert macht ja natürlich nur einen recht schlechten Witz mit dem armen Kinde, ich wollte ihm folglich seinen Brief zurückgeben und ihm ganz unumwunden meine Meinung über sein nach meinen Begriffen nicht allzu ehrenhaftes Vorgehen sagen; ich wollte ihn noch heute bitten, die Ehre meiner kleinen Namensschwester nicht in so unbarmherziger Weise auf das Spiel zu setzen, und ich hatte auch gehofft, meinen Zweck zu erreichen und das arme junge Geschöpf zu erretten."

„Ich achte und schätze die Fianelli's nicht weniger als Du!" erwiderte der Fürst, „und wenn die Dinge sich wirklich so verhalten, wie Du behauptest, so will ich Dir die Mühe ersparen, dem Grafen Robert Deine Meinung zu sagen, ich besorge das dann selbst, und rede auch mit dem Mädchen, sowie mit dessen Eltern. Der Name meiner Frau darf mit den Skandalgeschichten anderer Leute nicht vermengt werden; damit wir aber Beide wissen, wie die Sachen stehen, will ich den ganzen Brief laut vorlesen."

Sie wußte jetzt, daß jeder Protest nutzlos sei, und mit aufs Höchste gespannter Nervosität hing sie an seinen Lippen, während er laut folgendes Schreiben las:

„Meine angebetete Isabella!

Seit heute Morgen kann ich den Gedanken an Dich auch nicht für Minuten aus meinem Kopfe bannen; ich bin viel zu verliebt, um mich mit besonderer Beredtsamkeit ausdrücken zu können; ich möchte Dich aber bitten, angesichts unserer Liebe zu bedenken, daß Du mit keinem Anderen je so glücklich sein wirst, als mit mir! Was kümmert uns das Urteil der Welt! Du weißt, daß Du meiner Liebe und Ehre vertrauen kannst. Liebe ist eigentlich ein viel zu geringes Wort für die Empfindungen, welche mich bewegen. Ich kann ohne Dich nicht leben, und Deine Küsse sind das Einzige, wofür mein Dasein zu erhalten es sich der Mühe verlohnt. Höre mich an, mein Liebling, sende mir nur das eine Wort „Ja", und wir wollen morgen, unter dem Vorwande, einen Spaziergang zu machen, gemeinsam entfliehen. Eine stille Trauung und wir leben vereint, wenn auch in der Fremde. Entweder Du willigst in diesen Vorschlag und wirst mein Weib, oder ich verlasse morgen das Haus, um Dich nie mehr zu sehen.

Ungeduldig Deiner Antwort harrend, bin und bleibe ich stets und immer Dein treuergebener Robert."

11.

Todtenbleich hatte die Fürstin Rova der Lektüre dieses Briefes zugehört. Als der Fürst endlich schwieg, brach sie in ein hysterisches Lachen aus.

„Nun, lieber Hannibal, wirst Du vielleicht befriedigt sein, denn Du kannst kaum annehmen, daß der junge Herr mich, eine verheiratete Frau, veranlassen würde, ihn zu heiraten."

„Trotzdem ist es mir auffällig, das Du ganz ungewöhnlich nervös bist, Deine Hände zittern. Du mußt Dich sehr lebhaft für die Sache interessiren? Deine Namensschwester die Du erst seit einigen Tagen kennst, scheint Dir sehr nahe zu stehen."

„Deine unerwartete Hierherkunft und Dein noch unerwarteterer Anfall von lächerlicher Eifersucht haben hingereicht, um mir für einige Tage die Laune zu verderben," sprach sie, indem sie sich ungeduldig erhob. „Francesca kann sich entfernen, wenn Du nicht durchaus wünschest, daß sie noch weiter Zeugin der überflüssigen Scenen sei, die Du mir zu machen für angezeigt findest."

Der Fürst sah seine Frau scharf an; Zweifel an ihr und Bewunderung seiner schönen Gemahlin fochten einen harten Kampf in seiner Seele. Sein Name und sein politischer Ruhm waren freilich immer das, was ihn am meisten interessirte, aber trotz sechsjähriger Ehe war er immer noch in seine Frau verliebt, nebstbei eifersüchtig und von sehr mißtrauischer Charakterveranlagung. Er konnte jenen Blick des heimlichen Einverständnisses nicht vergessen, welchen er zwischen seiner Frau und ihrer Zofe erspäht zu haben glaubte, und er gehörte zu jenen Naturen, die sich nicht leicht beschwichtigen lassen, wenn ihre Eifersucht einmal wachgerufen ist.

„Ich hatte keine Ahnung, daß mein plötzliches Erscheinen Dir eine so unangenehme Ueberraschung bereiten könne," sprach er mürrisch; „Du schreibst mir gewöhnlich jeden Tag, da ich gestern keine Nachricht erhielt, dachte ich nicht anders, als daß Du unwohl sein müßtest, und dem Impulse des Augenblickes Folge leistend, eilte ich hierher, vielleicht nicht um eine Stunde zu spät!" fügte er bedeutungsvoll hinzu.

„Ich will mir Deine Beleidigungen nicht gefallen lassen!" rief sie heftig. „Ich habe nichts getan, um dieselben zu verdienen, und die Tatsache, daß der Liebesbrief eines Anderen zufällig in Deine Hände kam, berechtigt Dich noch nicht, mich zu beleidigen. Du hast vielmehr eine ehrlose Handlung begangen, indem Du jenes Schreiben gelesen!"

„Das erinnert mich daran", erwiderte er, indem er ihr unverwandt in die Augen sah, „daß ich fremden Besitz zurückerstatten muß, ich will Fräulein Isabella ihren Brief übergeben!"

Er hatte erwartet, daß bei dieser Erklärung eine Wandlung in ihren Zügen vorgehen werde, und er sah sich in seiner Mutmaßung auch nicht getäuscht; ehe sie ein Wort der Erwiderung finden konnte, fragte er scharf:

„Warum siehst Du so bestürzt drein?"

„Weil nach meinem Dafürhalten dies ein Schreiben ist, welches kein junges Mädchen empfangen sollte! Der Mann fordert von ihr, sie solle morgen mit ihm durchgehen, bei einer so delikaten Angelegenheit kann nach meiner Meinung nur eine Frau sich einmengen, die rohe Berührung des Mannes würde Alles verderben. Der Brief muß von mir heimlich der Mutter des Mädchens übergeben werden, und wir können dann über Mittel und Wege nachsinnen, wie man das arme junge Geschöpf vor Schande bewahrt, denn natürlich denkt Graf Robert nicht daran, sie zu heiraten."

Neu eintretende Abonnenten erhalten den bereits erschienenen Teil dieses Romans auf Wunsch unentgeltlich nachgeliefert.

Abendsitzungen hat der Präsident des Abgeordnetenhauses in Aussicht genommen. Auch werden die Sitzungen jetzt im Verhältniß zu früher stark ausgedehnt. Man kann daraus schließen, daß die Regierung den Landtag frühzeitig schließen will, um den Parteien, wie der Landwirtschaftsminister vor einiger Zeit sagte, Zeit zur Wahlagitation zu lassen. Es ist also nicht unmöglich, daß die Landtagswahlen noch vor den Reichstagswahlen stattfinden. Die Konservativen erhoffen davon für sich Vorteile. Sie fürchten nämlich, daß ein für sie ungünstiger Ausfall der Reichstagswahlen auf die Wahlen zum Landtag nachwirken könnte.

Vom konfessionellen Kriegsschauplatz. In der Paradevorstellung des Bundes der Landwirte im Zirkus Busch hat ein Redner des Bundes mit Rücksicht auf den katholischen Gebrauch von „Murmeln der Gebete" und außerdem von „dogmatischem Formelkram" gesprochen; außerdem sind kürzlich von anderer Bundes-Seite despektirliche Aeußerungen über den Papst gefallen. Darauf antwortet jetzt die „Germania:"

„Diese Beschimpfung des Oberhauptes der katholischen Kirche in Verbindung mit den beschimpfenden Ausdrücken wie „Murmeln der Gebete" und „dogmatischer Formelkram" sollten auch dem vertrauensseligsten Katholiken die Augen über den wahren Charakter des Bundes der Landwirte öffnen und ihm die Frage nahelegen, ob er Mitglied eines Bundes sein kann, in welchem ihm solche frivole Beleidigungen seiner heiligsten religiösen Gefühle entgegengeschleudert werden. Und da sollen „Evangelische und Katholische gemeinsam Schulter an Schulter kämpfen"?! Freilich, als Mitläufer sind die Katholiken dem Bunde der Landwirte gut genug, und zum Danke dafür werden sie dann beschimpft und in ihren religiösen Gefühlen tief verletzt. Lassen wir den protestantischen Landwirten ihren „Weltanschauung", wie sie Dr. Oertel dargelegt hat, und ihr „lebendiges Christentum" ohne „Murmeln der Gebete" und ohne „dogmatischen Formelkram", wie das die Weltanschauung des Bundes der Landwirte sein soll; für einen katholischen Landwirt, der auf seine religiöse Ueberzeugung und auf seine Ehre hält, kann und darf in einer solchen katholikenfeindlichen Gesellschaft kein Platz mehr sein!" — Viel helfen wird der „Germania" dieser Appell nicht. Es giebt auch katholische Junker und Agrarier, die beim Bunde ihr Geschäft zu machen glauben.

Nationalliberale und Zünftler. In Erfurt beschloß nach der „Magdeb. Ztg." eine stark besuchte Versammlung von Vertretern der Nationalliberalen, Konservativen und Antisemiten, den bisherigen Reichstagskandidaten Jacobskötter neuerdings aufzustellen, da der Kandidat der Nationalliberalen, Dr. Pieschel, und der der Reformpartei, Schack aus Hamburg, keine Aussichten auf einen Wahlsieg hätten. Nationalliberale und Antisemiten in trautem Verein: großartig! — Nach demselben Blatte haben Vertrauensmänner der konservativen Partei des Wahlkreises Nordhausen den jetzigen Landtagsabgeordneten des Wahlkreises, den früheren Rittergutsbesitzer und jetzigen Rentier Bock zu Großwechsungen, zum Kandidaten für die nächste Reichstagswahl nominirt.

— Eine hiesige Korrespondenz hatte s. Z. die Mitteilung gebracht, daß Theodor Mommsen zu seinem achtzigsten Geburtstag den Excellenztitel erhalten sollte. Diese Mitteilung hat sich nicht bestätigt. Wie von derselben Seite jetzt auf das bestimmteste behauptet wird, war die Angelegenheit im Kultusministerium bereits vorbereitet. Die Anregung des Kultusministers, dem Könige Mommsen für die Verleihung des Excellenztitels vorzuschlagen, ist aber vom Staatsministerium abgelehnt worden. Wir haben uns über die Excellenzfrage bei Mommsen's achtzigstem Geburtstage näher ausgesprochen. Der Mann kann den Titel, den in Deutschland Tausende von Personen tragen, entbehren. Er bleibt, wer er ist.

Wer den Schaden hat, darf für den Spott nicht sorgen. Nachdem die Engländer hatten einsehen müssen, daß ihnen in China das Wasser gründlich abgegraben worden sei, machten sie nicht blos gute Miene zum bösen Spiel, sondern sie gaben sich sogar den Anschein, als ob sie gegen Rußland stets die allerfreundlichsten Gesinnungen gehegt hätten, und als ob ihnen nichts mehr am Herzen läge, als Hand in Hand mit Rußland zu gehen. Die englischen Freundlichkeiten finden indessen in Rußland durchaus keine Gegenliebe. Mit beißendem Hohn schreibt die offiziöse „Nowoje Wremja":

Der Wunsch Englands, sich Rußland oder Frankreich zu nähern, müsse durch Tatsachen bewiesen werden. Wenn man in London glaube, das, was die englische Diplomatie in diesem Sinne bisher getan habe, sei genügend, so sei das ein großer Fehler. Rußland bedürfe im fernen Osten, Frankreich in Afrika erstiarer Garantien. Sogar in der Frage der Kandidatur des Prinzen Georg von Griechenland für den Posten des Gouverneurs von Kreta sei Bürgschaft dafür erforderlich, daß England, wenn es dieselbe unterstütze, nicht jene Ziele habe, welche seine Kreierung kaum verdeckt, als es unter der Hand die armenische Bewegung in der asiatischen Türkei förderte, und voriges Jahr die Notwendigkeit eines Bombardements von Konstantinopel durch vereinigte europäische Geschwader zur Sprache brachte.

Die Tatsache, daß England die Frage eines Bombardements der türkischen Hauptstadt ventilirt hat, war bisher noch nicht bekannt. Es macht der „Nowoje Wremja" augenscheinlich ein ganz besonderes Vergnügen, England in Verlegenheit zu setzen, indem sie boshafterweise aus der diplomatischen Schule plaudert!

—rho **Zum Kapitel „Wagenmangel"** ist soeben ein wichtiger Erlaß des Eisenbahnministers Thielen erschienen. Derselbe knüpft an die Anregung an, durch Gewährung besonderer Frachtermäßigungen für die Sommermonate die „Kohlenverbraucher" zu früherem Bezug ihres Winterbedarfs zu veranlassen, um dadurch einen Ausgleich herbeizuführen zwischen dem verkehrsreichen Herbstvierteljahr und dem Sommervierteljahr mit geringerem Verlande. Diesen Vorschlag erklärt der Minister für unausführbar: eine allgemeine Tarifermäßigung für Kohlentransporte im Sommer würde zu großen Umnahmeausfällen führen durch alle diejenigen Kohlenbezüge, an denen gerade in den Sommermonaten Bedarf ist (für Kalk-, Ziegelbrennereien 2c.) oder deren Transport naturgemäß dem Sommer zufällt (Transporte nach Wasserumschlagstellen); allen diesen würde eine Frachtermäßigung ohne Bedürfnis und ohne entsprechende Gegenleistung zugewendet werden. Eine Beschränkung der Ermäßigung auf wirklich Vorweghezüge erscheint aber nicht angängig, weil eine Kontrolle, ob derartige Bezüge vorliegen, nicht durchführbar erscheint; bei großen „Kohlenverbrauchern", wie z. B. bei der Eisenindustrie, sei ein Vorweghezug mangels entsprechender Lagerräume für so enorme Bedarfsmengen kaum möglich, zudem müsse man die Nachteile aus frühem Kohlenbezuge (Zinsverlust, Wertverminderung durch Zerfall, Lagerung und erschwerte Heranschaffung zur Verwendungsstelle) immerhin mit 80 bis 90 Pf. pro Tonne veranschlagen, sodaß die Frachtermäßigung mit Prämienzuschlag sich höher stellen würde, als der Gewinn der herbstlichen Wagenersparnis. Um trotzdem den Nachteilen entgegenzuwirken, die sich für die Interessenten aus der verzögerten Wagenstellung im Herbst ergeben könnten, will der Minister in eine Prüfung der von landwirtschaftlicher Seite angeregten Frage treten, ob etwa die Tarifermäßigung in einer Beschränkung auf solche Gewerbe möglich und nützlich ist, deren Betrieb nur in die Herbstzeit fällt, wie z. B. Zuckerfabriken, Brennereien 2c. Zu diesem Zwecke wünscht der Minister festgestellt zu wissen, welche Gewerbebetriebe in Betracht kommen, welchen Verbrauch an einheimischen Kohlen dieselben haben, insbesondere auch in der Zeit vom 15. September bis 15. Dezember, wie die Frachtermäßigung zu bemessen wäre, ob sie auch für Braunkohlen in Anbetracht der geringeren Lagerungsfähigkeit derselben von Wert sein würde, ob und wie die Kontrolle sich ermöglichen ließe und welche Bedenken gegen die Maßregel etwa zu erheben seien. Einer gutachtlichen Aeußerung über diese Fragen sieht der Minister binnen sechs Wochen seitens der kgl. Eisenbahndirektionen entgegen, zugleich bestellt er zur Vorberatung der gesammelten Materialien 2c. eine Kommission, bestehend aus den kgl. Eisenbahndirektionen zu Köln, welcher die Geschäftsführung übertragen ist, Magdeburg, Bromberg und Kattowitz. Die Aeußerungen der Direktionen sollen in der bezeichneten Frist unmittelbar an die Kommissionsmitglieder eingereicht und das Gutachten der Kommission dem Minister binnen weiteren sechs Wochen vorgelegt werden.

—rhe **Belohnungen für Eisenbahn-Betriebsbeamte** hat ein Erlaß des Ministers Thielen zum Gegenstande, in welchem auf die Befugniß der Eisenbahndirektionen, für die Entdeckung betriebsgefährlicher Schäden an Gleisen oder Fahrzeugen 2c. selbstständig Geldprämien zu bewilligen, hingewiesen wird. Der Minister nimmt Veranlassung, nochmals darauf aufmerksam zu machen, daß von dieser Befugniß ein möglichst ausgiebiger Gebrauch gemacht werde, sowie darauf, daß sich die Zuständigkeit der königl. Eisenbahndirektionen selbstredend auch in den früher bezeichneten Fällen — Entdeckung von Schienenbrüchen 2c. — nicht auf die angegebenen Höchstsätze der Prämien beschränkt, sondern sich, falls nicht eine höhere Belohnung zu beantragen ist, bis auf den Betrag von 300 M. erstreckt, sofern der den Schaden entdeckende Beamte oder Arbeiter durch seine Besonnenheit und Umsicht, durch entschlossenes, zweckmäßiges Handeln eine drohende Betriebsgefahr rechtzeitig abgewendet oder vermindert hat.

— Kürzlich ist nach dem „Berl. Tgbl." den Zoll- und Steuerbeamten der Monarchie ein Erlaß des Finanzministeriums mitgeteilt worden, der sich über die Vereinsbestrebungen verbreitet und vor diesen warnt. Besonders hätten diese Bestrebungen zur Gründung von Vereinen geführt, die es sich zur Aufgabe machen, die dienstlichen Standesinteressen ihrer Mitglieder zu vertreten, insbesondere Rangerhöhungen, Verbesserung des Einkommens und dienstliche Erleichterungen zu erreichen, sei es durch Massenpetitionen, sei es durch die Agitation in der Presse. Da solchen Vereinsgründungen der Gedanke zu Grunde liege, daß man durch ein derartiges Zusammenschließen einen verstärkten und daher erfolgreicheren Druck auf die Entschließungen der Vorgesetzten anzuüben vermöge, so könnten sie nicht geduldet werden. — Auf Grund welcher gesetzlichen Bestimmungen können sie nicht geduldet werden?? Und glaubt man wirklich, die Beamten durch solche Maßregeln zufriedener zu machen, als sie es sind.

— Unter dem Aushängeschild: „Steuer- und Wirtschaftsreformer" waren die Agrarier gestern einträchtiglich beisammen, um eine Rede des Grafen Mirbach anzuhören, der als Ersatz für die Silbertenvertung höhere Zölle verlangte. Dann berieten die „Reformer" über ein Gesetz, das den Verkehr mit Futter- und Düngemitteln regeln soll.

Budapest, 15. Februar. Abgeordnetenhaus. Bei der Beratung des Kultusbudgets erklärte der Unterrichtsminister Wlassics, er beabsichtige das Unterrichtsgesetz einer vollständigen Revision zu unterziehen unter möglichster Berücksichtigung der konfessionellen Gefühle, doch könne die konfessionelle Engherzigkeit nicht geschont werden.

Deutscher Reichstag.

(Schluß aus dem Abendblatt.)

Abg. Rösicke (d. k. P.) hält die allgemeine Aufhebung der Prämien für das einzige Mittel zur Gesundung unserer Zuckerindustrie und wendet sich gegen den von der Presse gemachten Vorschlag, man solle die Zuckerprämien in Deutschland aufheben und dadurch Amerika veranlassen, den Zuschlag, den es erhebt, seinerseits für deutschen Zucker aufzuheben.

Beim Titel „Branntwein" weist

Abg. Bassermann (nat.-lib.) auf eine Petition der Mannheimer Handelskammer hin, welche eine Erhöhung des Zolles auf Celluloid und eine Rückvergütung der Brennsteuer auch für Spiritus wünscht, der nicht zur Essigbereitung, sondern zu anderen gewerblichen Zwecken verwendet wird. Redner bittet diese Petition für begründet.

Direktor im Reichsschatzamt Körner erwidert, daß die Frage des Zolles auf Celluloid bei der Aufstellung des neuen Zolltarifs geregelt werden wird. Mit einer Vergütung der Brennsteuer müsse man vorsichtig vorgehen, man könne sonst mehr ausgeben als einnehmen.

Abg. Gamp (freikons.) wendet sich dagegen, daß an den Rechten der Einzelstaaten auf Forderung von 15 pCt. der Brennsteuer irgendwie gerüttelt werde.

Abg. Müller (Fulda, Zentr.) wünscht, daß die Brennsteuer in erster Linie zur Ausfuhrvergütung und nicht zur Zuwendung an die Einzelstaaten verwendet werde.

Beim Titel „Brausteuer" wünscht

Abg. Rösicke (d. k. P.) ein Verbot der Verwendung von Surrogaten bei der Bierbereitung. Die Bevölkerung würde es mit Freuden begrüßen, wenn die Regierung die Erklärung abgebe, daß sie an eine Erhöhung der Brausteuer nicht denke. Redner wendet sich gegen die Verwendung von Saccharin an Stelle von Malz. Einzelne Brauereien gingen so weit, daß sie ihren Kutschern ein Fläschchen mit Saccharin mitgeben, die dann dem Bier einen Zusatz geben, je nachdem die Kunden das Bier süß oder bitter haben wollen.

Beim Titel „Zollstelle" führt

Abg. Nadbanski (Ztr.) Beschwerde über die Zwangsmaßregeln, die gegen die Einschleppung der Viehseuchen an der schlesischen Grenze getroffen sind.

Damit ist der Etat der Zölle und Verbrauchssteuern erledigt.

Der Etat der Reichsstempelabgaben wird ohne Debatte genehmigt.

Beim Etat des Rechnungshofs wünscht

Abg. Pieschel (natl.) Erlaß eines Kompetabilitätsgesetzes und fragt, wie es mit den sogenannten justizfizirenden Kabinetsordres stehe, bei denen es sich um Niederschlagung von Gebühren und dergleichen handelt.

Reichsschatzsekretär Freiherr von Thielmann erklärt, daß der Reichskanzler formell durch seine Gegenzeichnung dafür verantwortlich ist.

Der Etat des Reichsschatzamts wird ohne Debatte erledigt.

Der Gesetzentwurf, betr. die freiwillige Gerichtsbarkeit wird auf Antrag Bassermann en bloc angenommen.

Es folgt die erste Beratung der Postdampfsubventionsnovelle.

Staatssekretär des Reichspostamts v. Podbielski: Die Vorlage stellt sich dar als eine wesentliche Verbesserung gegen die des Vorjahres, einerseits weil die Schnelligkeit von 13½ auf 14 Knoten erhöht, und zweitens, weil sie die Schnelligkeit erhöhen will für den Fall, daß auch andere Staaten die Schnelligkeit ihrer Dampfer erhöhen. Zur Zeit laufen die englischen Dampfer mit 13,3, die französischen Dampfer mit 14 Knoten. Die Vorlage hat erhöhte Bedeutung durch die chinesische Erwerbung bekommen. England hat einen Waarenumsatz von 12 Milliarden, gegen 8½ Milliarden Deutschlands. Wir können unseren Waarenumsatz noch vermehren, wenn es uns gelingt, starke Beziehungen nach den einzelnen Absatzgebieten zu gewinnen. Die Dampfer werden abwechselnd von Bremen und Hamburg laufen. Die Sorge, daß, wenn solche subventionirten Linien beständen, dann keine neuen Dampfer gebaut würden, hat sich nicht bestätigt. Durch schnellere und bessere Verbindung wird sich zweifellos der Waarenverkehr heben. (Beifall.)

Abg. Freese (Freis. Vgg.) Gerade im gegenwärtigen Augenblicke, wo der Wettbewerb mit England eine besondere Schärfe angenommen hat, muß man die deutsche Postdampfschifffahrt in jeder Beziehung der der anderen Länder ebenbürtig machen. Natürlich würden auch wir es lieber sehen, wenn sich dies Ziel ohne Reichszuschuß erreichen ließe; aber die Erfahrungen aller Länder haben gezeigt, daß das nicht möglich ist. Fast überall werden die Postunternehmungen vom Staate subventionirt. Deutschland darf in dieser Hinsicht nicht hinter andern Ländern zurückstehen, wenn es nicht den guten Ruf seiner Industrie leichtsinnig aufs Spiel setzen will. Die Erhöhung der Dampfergeschwindigkeit ist namentlich im Verkehr mit Ostasien auch schon deshalb dringend erforderlich, weil mit der Fertigstellung der sibirischen Bahn der Dampfschifffahrt ein sehr gefährlicher Konkurrent entstehen wird. Um dieser Konkurrenz rechtzeitig gewachsen zu sein, muß man außer der Erhöhung der Geschwindigkeit auch auf eine Vermehrung der Fahrten bedacht sein. (Beifall.)

Hierauf vertagt sich das Haus.

Nächste Sitzung Mittwoch 2 Uhr (Antrag Auer, betreffend Koalitionsrecht zweiter Lesung, Antrag Müller-Waldeck, betreffend Staatsaufsicht über die Privatversicherungsgesellschaften.)

Schluß 5¼ Uhr.

Preußischer Landtag.

Abgeordnetenhaus.

(Schluß aus dem Abendblatt.)

Abg. Lückhoff (freikons.) erklärt, seine Freunde hätten s. Z. dem Gesetze mit Vorbehalt zugestimmt, sie würden auch dieser Vorlage unter bestimmten Voraussetzungen ihre Genehmigung nicht versagen. Gewisse Bedenken seien ja vorhanden, namentlich hinsichtlich der Geschäftsgrundsätze der Zentralgenossenschaftskasse. In einer Kommissionsberatung müßten die einschlägigen Fragen mit größter Vorsicht geprüft werden. Zu warnen wäre vor Eintrümmung zu hoher Kredite.

Abg. Graw (Ztr.) beantragt Ueberweisung der Vorlage an die Budgetkommission.

Abg. Dr. Sattler (nat.-lib.): Ich habe der Vorlage seiner Zeit aus vollem Herzen zugestimmt. Wir sehen darin einen Zusammenschluß der Handwerker und landwirtschaftlichen Kreise zum Zweck der Förderung ihrer wirtschaftlichen Interessen. Es gab damals kein Institut, welches den speziellen Interessen dieser Kreise dienstbar war, denn die Reichsbank hatte doch mehr das Interesse des Handels und Verkehrs im Auge als das dieser mittleren Gewerbekreise. Wir halten es nun für unsere Pflicht, dafür zu sorgen, daß der Zweck des ganzen Unternehmens nicht hinfällig wird

---

Es war dies ein schlauer Winkelzug der Fürstin, aber er frommte ihr nicht viel.

„Wie alt ist Fräulein Fianelli?"

„Achtzehn oder neunzehn Jahre."

„Alt genug, um Recht vom Unrecht zu unterscheiden; ich werde ihr den Brief persönlich übergeben und ihr mitteilen, daß Du und ich zufällig den Inhalt desselben in Erfahrung brachten; ich werde sie fragen, was wir nach ihrem Dafürhalten tun sollen."

„Das ist unerhört. Ich will mich zu einem so rücksichtslosen Vorgehen, dem es an jedem Takt gebricht, nicht hergeben. Die Gefühle des Mädchens müssen berücksichtigt werden."

„Ihre Ehre steht auf dem Spiele, das dünkt mir wichtiger. Setze Dich hier nieder und schreibe unter meinem Diktat: „Fräulein Fianelli wird ersucht, sich gütigst sofort nach meinem Boudoir zu begeben, um mit mir über eine Angelegenheit zu sprechen, welche ihr Lebensglück betrifft!"

„Ich will mit diesem Plane nichts zu tun haben!" rief die Fürstin zornig.

„Gut, dann werde ich ins Wohnzimmer gehen und dem jungen Mädchen den Brief Robert Ghetaldi's in Gegenwart ihrer Eltern, sowie des jungen Mannes übergeben! Ich werde sie Alle von der Art und Weise in Kenntniß setzen, wie dieses Schreiben in meinen Besitz kam."

Auf solche Art in die Enge getrieben, setzte sie sich nieder und schrieb hastig die paar Zeilen unter seinem Diktat, während er hinter ihrem Stuhle stand und ihr über die Schulltern blickte.

Als sie geendet, nahm er das Billet aus ihrer Hand und steckte es selbst in ein Couvert, um sie zu hindern, daß sie vielleicht, von ihm unbemerkt, noch ein paar Zeilen hinzufüge, dann rief er Francesca wieder herbei und befahl ihr, sie möge einen der Bedienten holen; als dieser vor ihm stand, überreichte er ihm das von der Fürstin zwangsweise geschriebene Billet und sagte ihm, er möge es Fräulein Fianelli persönlich überreichen.

Vielleicht würde der Fürst die Erklärung seiner Frau leichtgläubiger hingenommen haben, wenn er nicht schon länger gemeint hätte, mit gutem Grund auf den Grafen Robert Ghetaldi eifersüchtig sein zu müssen; von verschiedenen Seiten war ihm schon wiederholt das Gerücht zu Ohren gekommen, daß die Fürstin sich wohl nicht so gerne im Hause seines Trainers, dessen Gattin ihre einstige Erzieherin gewesen, aufhalten würde, wenn nicht der junge Graf Ghetaldi auch durch seine Pferdeliebhaberei ein steter Gast im Hause Fianelli gewesen wäre. Der Fürst war nach der Casa Piccola gekommen, um mit eigenen Augen, wenn möglich, klar zu sehen, und die sichtlich verlegene Begrüßung seiner Frau hatte ihn schon einigermaßen befremdet, derselben war dann fast unmittelbar Francesca's Eintritt gefolgt und die Briefgeschichte hatte seinen Verdacht nur noch erhöht. Er glaubte nicht recht an die Fabel von der Namensgleichheit, ja es dünkte ihm sogar die Gegenwart der Tochter Fianelli's unwahrscheinlich, und er war daher nicht wenig überrascht, als nach leichtem Pochen an der Türe dieselbe sich öffnete und ein wunderbar schönes Mädchen, das ganz in Weiß gekleidet war, mit neugierigem Gesichte eintrat.

Die Fürstin Nova fühlte, daß jetzt noch ein sehr peinlicher Moment ihr bevorstehe, sie würde viel darum gegeben haben, wenn es ihr vergönnt gewesen wäre, dem Mädchen begreiflich zu machen, daß es sich mit Allem einverstanden erklären und keine Neugierde äußern solle. Hätte man nur Francesca geschickt, um Isabella zu holen, so würde die Fürstin im Vorhinein überzeugt gewesen sein, daß Alles glatt ablaufe, so aber saß sie statuenhaft da und fürchtete sich vor jedem Worte, das über Isabella's unschuldige Lippen kommen konnte.

Sie würde jenen Brief sicherlich zurückweisen, würde es verleugnen, daß Francesca ihr schon früher Billete des Grafen Robert überbracht, dann bestand nur noch die Möglichkeit, daß die Fürstin sie der Lüge zeihe und daß sie Robert zwinge, das Gleiche zu tun. Inzwischen vollzog sie mechanisch die Vorstellung ihres Gatten.

„Dies ist Fräulein Isabella Fianelli, meine Namensschwester, Hannibal," fügte sie dann, zu dem Fürsten gewandt, hinzu. „Mein Gatte, Fräulein Fianelli, ist durch Zufall in den Besitz eines Gegenstandes gekommen, der Ihnen gehört, und legt großen Wert darauf, denselben wieder in Ihre Hände gelangen zu lassen."

Sie sprach die Worte mit seltsamer Betonung und warf dem jungen Mädchen dabei einen halb befehlenden, halb bittenden Blick zu, welchen dieses ganz und gar nicht verstand.

(Fortsetzung folgt.)

Das gesammte Grundkapital der Zentralgenossenschaftskasse ist fest angelegt, es zeigt sich also in sehr unflüssiger Natur. Es muß festgestellt werden, ob diese Erscheinung nicht für die Kasse selbst höchst nachteilig ist. Da ein Cher Zinsfuß nicht verlangt wird, so drängt man sich nach dem billigen Kredit. Es ergiebt sich die Gefahr, daß daraus ein ungesundes Kreditwesen veranlaßt wird. Nicht genug zu warnen ist davor, den Kredit der Zentralgenossenschaftskasse Spekulationsunternehmungen zugänglich zu machen. Es sind nur von Freunden aus dem Osten Mitteilungen zugegangen, die auf solche bedenkliche Erscheinungen, namentlich bei Brennereigenossenschaften hinwiesen. Gerade auf diesen Punkt müßte sich besonders die Prüfung erstrecken.

Abg. Frhr. v. Rockelberg (kons.) weist darauf hin, daß die Zentralgenossenschaftskasse insbesondere den kleineren und mittleren Leuten zu statten komme. Hoffentlich werde dadurch ein Ausgleich des Verbrauchskapitals der produktiven Stände, des Handels und der Industrie ermöglicht werden.

Abg. Richter (Freis. Vpt.): Ich bin ein alter Freund des genossenschaftlichen Wesens und habe seit 36 Jahren diese Bewegung verfolgt und insbesondere mit Genugtuung wahrgenommen, welchen Aufschwung die landwirtschaftlichen Genossenschaften, namentlich die Bezugsgenossenschaften und Produktivgenossenschaften, die Molkereien, genommen haben. Auch bin ich der Meinung, daß ihnen eine noch größere Zukunft bevorsteht. Umsomehr fühle ich mich berufen, zu warnen, wenn ich sehe, daß diese Bewegung auf einen schädlichen Weg geleitet wird, der sich immer abschüssiger gestaltet, wie ich aus dieser Vorlage ersehe. Schon die Tatsache, daß in zwei Jahren man zu einer Erhöhung des Kapitals von 5 auf 20 und dann auf 40 bis 50 Millionen schreitet, kann selbst bei denjenigen Bedenken erregen, die ursprünglich dem ganzen Gedanken geneigt gewesen sind. Die steigende Forderung nach Erhöhung des Kapitals sucht man zu rechtfertigen aus der großen Zahl von Genossenschaften, die sich der Zentralgenossenschaft angeschlossen haben. Die Zahl der Genossenschaften soll sich um 25 pCt. seit der Begründung der Kasse vermehrt haben. Das würde aber doch höchstens eine Erhöhung des Grundkapitals um 25 Prozent rechtfertigen, womit man nur von 5 auf 6¼ Millionen Mark kommen würde. Was bedeutet überhaupt die Ziffer der Genossenschaften und ihrer Mitglieder für sich allein? Es kommt vor Allem darauf an, was im gesammten Geschäftsverkehr diese Genossenschaften bedeuten.

Nicht äußere Gründe sind maßgebend für die Forderung eines erhöhten Kapitals, sondern diese Kasse hat sich innerlich seit ihrer Begründung verändert. Minister Miquel sagte damals sehr treffend, der Hauptzweck der Bank soll sein eine zentrale Ausgleichung der Bedürfnisse an flüssigen Mitteln und der Nutzbarmachung überflüssiger Mittel. Die Mittel sollten nicht bloß für zeitweilige Bedürfnisse zur Verfügung gestellt werden, sondern die Kasse sollte auch überflüssige Bestände der Genossenschaften an sich ziehen und nutzbar verwenden. Der erste Zweck ist erfüllt, für zeitweilige Bedürfnisse Mittel zur Verfügung zu stellen. Der zweite Zweck aber, die zeitweilig entbehrlichen Bestände der Genossenschaften an sich zu ziehen, ist nicht erfüllt worden, und daraus entsteht das fortwährende Bedürfnis nach einer Steigerung des Grundkapitals.

Woher ist diese Veränderung entstanden? Weshalb bleiben die Gelder auf den anderen Seiten aus? Das ist die Folge der falschen Zinspolitik, des Bestrebens, unabhängig vom Geldmarkt und vom Marktpreise des Geldes Kredit zu gewähren. Anstoß dem Verhältniß des Geldmarktes zu folgen, wie im Verkehr mit den landschaftlichen Darlehnskassen, hält man an dem Prinzip des billigen Zinsfußes fest. An dem Zinsfuß von 3 pCt., mag auf dem Geldmarkt geschehen was will. Natürlich drängt sich nun alles dazu, Geld aus der Zentralgenossenschaftskasse herauszupumpen, man ist deshalb sehr bald mit seinem Mitteln zu Ende, man versperrt sich damit auch selbst den Weg, zu dem entsprechenden Preis anderweitig Kredit zu bekommen. Die Zentralgenossenschaftskasse hat ausschärfe, ein Geschäftsinstitut zu sein, sie ist ein Wohltätigkeitsinstitut geworden (sehr wahr) und die Mittel eines solchen Instituts sind begrenzt, wohingegen die Ansprüche unbegrenzt sind.

Dazu kommen die besonderen Schwierigkeiten der einzelnen Entwickelung dieser Kasse, weil sich diese Kasse ganz überwiegend auf Genossenschaften ländlichen Charakters stützt. Die Bezugs- und Produktivgenossenschaften gewisser Art müssen sich allerdings auf Landwirte beschränken. Aber Kreditgenossenschaften auf Landwirte zu beschränken, ist an sich nicht richtig. Es kann notwendig sein unter Umständen, wenn in dem Umkreise einer Kasse andere Berufskreise wenig oder gar nicht vertreten sind. Aber das richtige an sich ist es, überall möglichst viel Berufsarten in solchen Kreditvereinen zu vereinigen, weil die Nachfrage nach Geld und der Ueberfluß an Geld bei verschiedenen Berufsarten sich besser ausgleicht, während bei der Landwirtschaft wesentlich nur eine und dieselbe Jahreszeit in Frage kommt. Unrichtig ist es auch, daß der Kredit der Landwirte nur in solchen ländlichen Genossenschaften angemessen befriedigt werden kann. In denjenigen ca. 1000 Genossenschaften nach Schulze-Delitzsch, die verschiedene Berufskreise umfassen, über die eine genaue Statistik vorliegt. Befinden sich unter 560 000 Mitgliedern über 31 pCt. selbstständige Landwirte und in den 3000 Kreditgenossenschaften nach Schulze-Delitzsch überhaupt sind schätzungsweise 440000 selbstständige Landwirte.

Die besonders geplante Kreditorganisation für das Handwerk hat sich auch in keiner Weise bewährt. Besondere Handwerkergenossenschaften sind in den Städten von vornherein nicht notwendig; dort giebt es andere allgemeine Kreditvereine, denen die Handwerker beitreten können. Darin liegt die Ursache, warum trotz aller Bemühungen der Behörden die Gründung besonderer Handwerkerkreditvereine nicht in Fortgang kommt. Die Handwerker gehören noch mehr als die Landwirte in allgemeine Kreditgenossenschaften hinein.

Wir erfahren auch gar nichts, wie der gewährte Kredit überhaupt beschaffen ist. Wir haben keine Vorstellung darüber, wie lang die Kreditvirsten durchschnittlich sind. Zur Beschwichtigung führt man an, daß der Prozentsatz der Rückzahlungen steigt mit den nachfolgenden Geschäftsperioden der Bank. Das ist aber doch ganz natürlich. Je länger das Geschäft der Bank besteht, desto mehr kommen Kredite zurück, die aus älteren Perioden der Bank herrühren. Ich habe mich gewundert, daß der Direktor der Zentralkasse Heiligenstadt auf dem sozialpolitischen Kongreß in Köln offen eingeräumt hat, wir geben Anlagekapital für Molkereien auf Realkredit; und er entschuldigte sie damit, die Bank passe zwar nicht für solche Kreditvermittelung, aber leider besteht dafür noch keine Art von Organisation und deshalb fülle man die Lücken aus und begnüge sich damit, ab und zu die Schuldner zu mahnen, bald zurückzuzahlen. In der „National-Zeitung" las ich vor einigen Wochen, daß die Zentralkasse Gelder darlehnt für das Betriebskapital von Genossenschaften, die Zuckerfabriken errichten.

Eigentümlich berührt, daß in der Begründung schon hingewiesen wird auf einen künftigen Kredit, den die Bank zu erteilen hat. Es würden mehrere Millionen für Kornhausgenossenschaften zur Lombardirung der Kornvorräte nötig sein. Diese Genossenschaften hätten zwar noch nichts verlangt, aber in Zukunft wird das wohl geschehen. So bietet man im Voraus den Kredit aus für die Genossenschaften, die noch gar nicht da sind.

Die Kredite sollen sicher sein. Andere Banken prüfen die Sicherheit aus dem ganzen Geschäftsverkehr. Hier aber ist der Kontokorrentverkehr sehr einseitig. Die neueren Verbandskassen haben kein selbstständiges Vermögen, keinen selbstständigen Kassenverkehr, sie sind nur Buchkassen, d. h. sie vermitteln den Genossenschaften das Geld von der Zentralgenossenschaft. Ihre eigenen Kassen bestehen mitunter nur in Briefmarken und ihre Aktiven in einem Bureauschrank. (Heiterkeit.) Es wird sogar sehr gepriesen als etwas sehr Nützliches, daß die Zentralstelle diesen Verbandskassen die eigenen Kosten erspart, indem sie auf Anweisung des Verbandes direkt mit der einzelnen Genossenschaft in Geldverkehr tritt.

Diese ganze falsche Geschäftsgebahrung wirkt überaus nachteilig auf die Entwickelung der einzelnen Genossenschaften. Es hat sich eine wahre Treibhauskultur entwickelt. Der Hinweis auf den billigen Kredit der Zentralgenossenschaftskasse ist das Lockmittel, das überall vorangestellt wird den Aufforderungen, eine neue Genossenschaft begründen oder sie dem bestehenden Verband anzuschließen. Die Möglichkeit, für zwei Prozent Geld zu bekommen, verhindert aber, daß die Genossenschaften sich bemühen, Depositen in ihrer nächsten Umgebung zu bekommen, es wird also verhindert eine Dezentralisirung des Kredits in der natürlichen Weise. Ueber die neugegründeten Genossenschaften fehlt es an jeder Statistik, was aber in den Blättern darüber bekannt wird, zeigt, wie wenig oft hinter einer solchen Genossenschaft steht. Z. B. war in einem Lokalblatte angeführt, daß im Koseler Kreise vier neue Genossenschaften durch einen Wanderredner begründet sind. Diese Wanderredner haben allerdings ein Interesse durch die Zahl der von ihnen gegründeten Genossenschaften zu zeigen, daß sie nicht umsonst auf Agitation gegangen sind. Die eine dieser Genossenschaften hat sich bereits aufgelöst, eine andere hatte eine Bilanz von 15,10 M. (Heiterkeit.) Redner berichtet weiter unter Heiterkeit und hört! hört! des Hauses über neugegründete Genossenschaften bei Zehdenick im Kreise Templin, die auch schon teils wieder liquidirt, teils kennerlei Geschäftsbetrieb eröffnet haben. Bei einer ist ein Inventar im Werk von 26 M. neben einer Kasse von 89 Pf. als einziges Aktivum vorhanden. Unter neun Kassen im Kreise Pleschen haben sieben überhaupt keinerlei Einnahmen und Ausgaben aufzuweisen, während bei zwei anderen die Einnahme oder Ausgabe noch nicht 20 M. erreichte. (Heiterkeit.)

Genossenschaft ist ein schönes Wort, das zu Ehren gekommen ist, aber das Wort hat nur dann eine würdige Bedeutung, wenn auch ein wirklicher genossenschaftlicher Sinn vorhanden ist durch gegenseitige Hilfe sich zu unterstützen in Kreditverhältnissen, und wenn man sich nicht blos vereinigt aus Begehrlichkeit, um durch Erfüllung einer Form in der Bildung der Genossenschaft von einer dritten Stelle Geld zu erhalten.

Wo bleiben die großen Vorteile? Fallen sie irgendwie in die Wagschale? Ist denn wirklich auf diesem Wege eine so außerordentlich große Kreditsumme zugeführt worden, die anderweitig nicht zu beschaffen war? Vergleichen Sie wiederum die Schulze-Delitzschschen Kreditgenossenschaften und zunächst nur diejenigen, über welche die genaue Statistik vorliegt. Es giebt 1000 Kreditgenossenschaften; diese haben ungefähr dieselbe Mitgliederzahl 560 000, genau 561 234, mit denen hier paradirt wird, als die Mitgliederzahl der an diese Zentralgenossenschaftskasse angeschlossenen Genossenschaften. Diese 1000 Genossenschaften also mit derselben Mitgliederzahl hatten ihren Mitgliedern 1674 Millionen Kredit gewährt. (Hört, hört!) Das ist in einem Jahre 16 mal mehr, als die Zentralgenossenschaftskasse in zwei Jahren derselben Zahl von Mitgliedern vermittelt.

Und wenn Sie nun das landwirtschaftliche Interesse insbesondere in Betracht ziehen, so ist schätzungsweise ermittelt worden, daß unter den Mitgliedern der 3000 Kreditgenossenschaften nach Schulze-Delitzsch sich 445 000 selbstständige Landwirte befinden. Diese 445 000 selbstständigen Landwirte haben nach einer Stichprobe bei 594 Kassen im Jahre 1896 1¹/₁₆ Milliarden Kredit erhalten (hört, hört!), das Zehnfache von dem, was die Zentralgenossenschaftskasse in zwei Jahren einer größeren Zahl von Landwirten vermittelt. Wenn Sie nun den augenblicklichen Zustand in Betracht ziehen — Sie können ja sagen, die rückliegende Zeit der Genossenschaften ist eine Zeit der Entwickelung gewesen — also in Betracht ziehen die ausstehenden Forderungen vom 30. November bei der Zentralgenossenschaftskasse und damit vergleichen auch nur die ausstehenden Forderungen der Schulze-Delitzsch-Kreditgenossenschaften Ende 1896, so betragen die letzteren 567 Millionen, also 22 Mal mehr als was derselben Zahl von Mitgliedern die Zentralgenossenschaftskasse gewährt.

Der billigere Zins wird immer hervorgehoben. Kann man diesen in Anrechnung stellen bei dem viel größeren Kredit für einen etwas größeren Zinsfuß? Man kann annehmen, daß die Zentral-Genossenschaftskasse einen Zins von 3¹/₄ pCt. einnimmt unter Zurechnung dessen, was Verband und Einzelgenossenschaft zuschlägt. Also der einzelne Genossenschafter bekommt das Geld zu 3¹/₄. Es ist eine genaue Statistik über den Zinsfuß in den Schulze-Delitzschschen Genossenschaften nicht aufgemacht, aber man kann annehmen, daß er nicht höher ist als die Brutto-Betriebsausgaben sind im Verhältniß zu den gewährten Darlehen. Und da kommt man auf eine Rechnung von 4 95 pCt., das sind also gegen 3,75 pCt., 1,20 pCt. mehr, also 1¹/₄ pCt. macht der Unterschied. Das ist aber noch nicht vollständig richtig, denn die Kreditnehmer in den Genossenschaften erhalten ja ein Teil dessen, was sie an Zinsen mehr gewährt haben, wieder als Dividende auf ihre Anteile zurück. Ist es denn überhaupt richtig, wenn es sich nicht auch um Beschaffung von Betriebskapitalien oder Anlagekapitalien handelt — und doch soll es hier nicht sein — sondern um Befriedigung vorübergehenden Kreditbedürfnisses, derart die Frage, ob 1¹/₄ pCt. Zinsen mehr oder weniger gezahlt ist, in den Vordergrund zu stellen, wie es hier geschieht. Was macht denn das im Verhältniß aus zu den einzelnen Genossenschaften? Wenn ich den Kredit, den die Zentralgenossenschaftskasse im Jahr vermittelt, dividire durch die Zahl der den Kassen angeschlossenen Mitglieder, so komme ich darauf, daß der Einzelne einen Kredit von durchschnittlich 47 M. im Jahr erhält. Der Unterschied von 1¹/₄ pCt. mehr an Zinsen macht 56 Pfennige. Es wäre das also der Gewinn am letzten Ende, der als Hilfe der Landwirtschaft gepriesen wird, in der Tat weniger als ein kleines Mittel.

Wiegt das alles die Schäden, die Gefahren auf, die in der Entwickelung begriffen sind, in der wir uns jetzt befinden? Für ein solches Liniengericht verführt man nun die Genossenschaften, die Grundsätze der Selbsthilfe preis zu geben, die soliden und sichern Grundsätze der Verwaltung, auf denen sie sich aufgebaut haben. Man pflanzt ungeheure Keime auf einem Baum, auf den wir in Deutschland stolz zu sein Ursache haben und der in allen andern Ländern als ein Muster der Entwickelung des Genossenschaftswesens betrachtet wird. Als Ferdinand Lassalle im Jahre 1862 die sozialistische Bewegung anschürte, da war das sein Lockmittel, daß er den Arbeitern die Staatshilfe versprach mit Hunderten von Millionen. Mit solcher Staatshilfe glaubte er einen Trumpf ausspielen zu können gegen die Genossenschaftsbewegung, gegen die Arbeiterbewegung, wie sie Schulze-Delitzsch führte, einzig und allein auf der Grundlage der Selbsthilfe. Nun, diese Lehre Lassalles, dies Programm ist verschollen. Die Genossenschaftsbewegung nach Schulze-Delitzsch hat gezeigt, daß sie viel größere Summen ohne Staatsunterstützung allen Klassen der Bevölkerung, darunter auch nicht am wenigsten den Arbeitnehmern, in den verschiedenen Formen der Genossenschaft zugänglich machte. Nun hüte man sich, jetzt wieder solche Forderungen auf der anderen Seite neu hervorzurufen.

Finanzminister Miquel hat in seiner Rede vom 24. Juli, die einfach als Programm bezeichnet wird, die sozialistische Gefahr gezeichnet, hat die Parole ausgegeben: Benutze den mechanischen Mittel, die man damals empfahl in der Vereinsgesetznovelle, wenn sie wirklich berechtigt wären, wenn sie wirklich die Wirkung hätten, was würden die vermögen auf der einen Seite, wenn auf der anderen Seite der Rührboden derart befruchtet wird, aus welchem die sozialistischen Vorstellungen erwachsen. (Sehr richtig! links.) Ich meine deshalb, hier wird nicht vorgedeugt, sondern hier wird vorgearbeitet (Sehr richtig! links) einer Ausbreitung der Grundsätze des Sozialismus. Ich weiß sehr wohl, daß der Herr Finanzminister die besten Absichten mit dieser ganzen Entwickelung verbindet. Aber auch ein Arzt kann, wenn er das Wesen eines Organismus verkennt, Recepte verschreiben, die weit mehr schaden, als sie zu stärken vermögen. Deshalb kann ich nur dringend warnen, auf dem hier beschrittenen Wege weiter fortzufahren, und bitte Sie, auf die Erhöhung des Grundkapitals nicht einzugehen. (Beifall links.)

Geh. Finanzrat Hanenstein: Ich muß dem Abgeordneten Richter widersprechen in der Annahme, daß der Staat keine Veranlassung gehabt habe, an diesem Punkt mit seiner Hilfe einzugreifen. Seit hundert Jahren schon hat der preußische Staat es als seine Aufgabe betrachtet, dem Kreditwesen der mittleren und kleineren Gewerbeklasse Förderung angedeihen zu lassen. Die Zentralgenossenschaftskasse soll eine gesunde Entwickelung des Genossenschaftswesens und des genossenschaftlichen Kredits befördern, es stehen ihr auch die Machtmittel zur Durchführung ihrer Anschauungen zu Gebote. Bei der Genossenschaftskasse gilt das Wort „Gut Ding will Weile haben". Die Kasse muß in der Lage sein, jeder Zeit den berechtigten Kreditbedürfnissen der Verbandskasse entsprechen zu können.

Geh. Rat Hermes erklärt, die Regierung teile die Auffassung, daß die Genossenschaften eigenes Kapital haben müßten. Die Frage der Revision durch die Zentralgenossenschaftskasse würde bei solchen Genossenschaften auf Schwierigkeiten stoßen, die bereits einem Revisionsverbande angehören. Bei dieser dürfte eine weitere Revision erübrigen.

Abg. v. Wolmar (freikons.) bemerkt, Abg. Richter habe eine Reihe von Bedenken vorgebracht, die sehr wohl der Erwägung wert wären und der Erörterung in der Kommission bedürften. Der Landmann scheue sich Genossenschaften beizutreten, deren Mitglieder sich aus verschiedenen Berufen zusammensetzten, denn er betrachte Handel und Gewerbestand als seinen natürlichen Gegner. Auf dem platten Lande gebe es nun einmal nur Landwirte.

Abg. Frhr. v. Huene (Zentr.) erklärt, als Algeordneter und nicht als Regierungskommissar zu sprechen. Er hebt den Vorteil der sogenannten Buchkasse hervor, die die Gelder von den Verbandskassen einsammelt und an die Zentralkasse einsendet. Eine Gegenüberstellung der Zahlen des Schulze-Delitzschschen Genossenschaftswesens mit dem von uns repräsentirten, ist gar nicht möglich, da die inneren Verhältnisse total verschieden sind. Wenn man alles das liest, was über unsere Kasse in den Zeitungen steht, dann müßten uns die Haare zu Berge stehen. Ich hoffe, daß die Kommission sich recht eingehend mit der Kasse befaßt, sie wird finden, daß die Mehrzahl der hier vorgebrachten Bedenken unbegründet sind. Es liegt uns nichts ferner, als Protektoren ungefunder Kunden zu sein.

Vizepräsident des Staatsministeriums v. Miquel: In der Frage, wie weit der Staat in wirtschaftliche Dinge eingreifen soll, nimmt der Staat eine Durchschnittsstellung ein, kein Prinzip, weder das Manchestertum, noch das der Beschränkung aller wirtschaftlichen Tätigkeit des Einzelnen hat jemals völlig abgefiegt und wird es einmal. Die Frage selbst, ob hier der Staat eintreten muß, haben Sie bereits früher im Einverständniß mit der Regierung entschieden. Etwas ähnliches findet sich bei der Reichsbank und bei der Seehandlung, deren Aufgaben jedoch heute ganz andere sind. Für den ländlichen Kredit mußte eine besondere Organisation geschaffen werden. Die Sparkassen haben für den Realkredit besonders viel geleistet, aber noch nichts rechtes für den Personalkredit. Schulze-Delitzsch ist einer der größten Wohltäter in unseren Wirtschaftsverhältnissen. Aber die Entwickelung hat dazu geführt, daß die von ihm gegründeten Genossenschaften für den ländlichen, auf lange Fristen bemessenen Kredit verhältnismäßig nur Geringes leisteten. Das Bedürfnis einer staatlichen Organisation war schon lange vorhanden, man hatte sich nur nicht um die Frage gekümmert. Die Erfahrung hat gezeigt, daß die Organisation im Großen und Ganzen gelungen ist. Die genossenschaftliche Entwicklung hat sich erweitert und vermehrt, die Geschäftsgebahrung der einzelnen Genossenschaften hat sich gebessert. Wenn Sie nicht aus Ihrem eigenen Unternehmen einen erstarrenden Torso machen wollen, so müssen Sie weitergehen. (Zustimmung.) Die Ausführungen des Abg. Richter kommen nach der grundsätzlichen Frage der Einwirkung des Staates mir vor, wie der Senf nach der Mahlzeit. Wenn Herr Richter wollte, daß man genau auf die Geschäftsgebahrung der Genossenschaften aufpasse, daß man nicht mit den sogenannten „Bumpgenossenschaften" wirtschaften solle, so stimme ich ihm darin bei. Mir liegt viel daran, daß diese volles Vertrauen gewinnen nicht bloß zu der Errichtung selbst, sondern auch zu der Art der Verwaltung. Die allgemeine Strömung geht heute dahin, daß, soweit der Staat in die wirtschaftlichen Verhältnisse eingreift, es am meisten gerechtfertigt ist, wenn er den Klassen unter die Arme greift, die Staatshilfe am meisten brauchen, vom Grundsatze ausgehend, die übrigen Klassen werden sich schon selber helfen. Der Regierung liegt die dauernde und sichere Erhaltung des kleinen Grundbesitzes und des kleinen Handwerks sehr am Herzen. Diese Stände leiden am meisten unter den hohen Zinsen, und hier kann und muß der Staat zur Erreichung größerer wirtschaftlicher Meliorationen nötigenfalls baares Geld spendiren. Einen hohen Gewinn wollen wir nicht haben, wir sind zufrieden, wenn der Staat die Zinsen und seine Verwaltungsausgaben deckt. Aber wir wollen auch keine Schenkung machen und keine Klasse gegen die andere begünstigen. Wir erwarten, daß wir auf die Dauer den Zinsfuß von 3 pCt. heben und vielleicht schon in diesem Jahre erreichen werden. (Beifall rechts.)

Abg. Richter (freis. Vpt.): Ich habe Alles das, was man in der Oeffentlichkeit hatte erfahren können, zur Grundlage meines Urteils gemacht, und bin auf Einzelheiten der Geschäftsgebahrung eingegangen, ohne mich in den Prinzipienstreit einzulassen. Es sind gleichzeitig im Landtag und im Reichstag soviel falsche Vorlagen der Regierung zu bekämpfen, daß man sich dahin wenden muß, wo man noch die meiste Aussicht hat, etwas zu erreichen.

Der Finanzminister hat die Sache auf allgemeine Theorien hinausgeführt. Ich gehe vom Grundsatz aus, daß der Staat, wenn er etwas Gutes und Vorteilhaftes tun kann, da etwas tun möge, wo er es besser vermag als die freie, private Tätigkeit. Aber ich verlange den Nachweis im Einzelnen, weil ich weiß, wie an sich schon das der Natur des Staates entsprechende schablonenmäßige und zwangsweise Eingreifen Nachteile hervorruft, die nur durch gegenüberstehende große Vorteile ausgeglichen werden können.

Die Meinung des Finanzministers, daß die Schulze-Delitzschschen Genossenschaften das Bedürfnis der Landwirte nicht befriedigen, wird wiederlegt durch die Tatsache, daß rund 440 000 Landwirte sich diesen Kassen angeschlossen haben. Die Tatsachen können nicht aus der Welt geschafft werden, daß 1¹/₁₆ Milliarden Kredit gerade den Landwirten dadurch zugeflossen sind. Der Minister bezeichnet die Schulze-Delitzschschen Kassen als „kleine Banken", eine Ausgabe hat sich allerdings dazu entwickelt. Aber das ist nicht die allgemeine Signatur, es giebt sehr viele kleine Vorschuß- und Kreditvereine, die sich von den Kassen anderer Richtungen äußerlich und ihrem Umfang nach nicht unterscheiden. Ich bin weit entfernt von einer Orthodoxie, die alles verwirft, was außerhalb der Genossenschaftsformen von Schulze-Delitzsch liegt. Die Genossenschaftsbewegung ist mit Hinausgewachsen über jene Formen, die Schulze-Delitzsch bekannt waren. Ich erkenne auch in gewissem Umfang die Tätigkeit der Raiffeisenkassen an. Diese sind aber nicht erst durch die Zentralgenossenschaftskasse geschaffen worden, sondern haben schon vorher in großer Anzahl bestanden. Ich bekämpfe das, was hier angebahnt wird, als eine für alle Kassen schädliche Entwicklung, und ich hätte gewünscht, daß man die Wirkung dieser falschen Zinspolitik und die Nachteile des Ausbaus einer Organisation, die allen einseitig auf gewissen Berufsklassen beruht und die nachteilige Wirkung des Geschäftsgebahrens der Zentralkasse auf die einzelnen Genossenschaften mehr diskutirt, und wirklich versucht hätte, die vorhandenen Schwierigkeiten zu überwinden. Ich sehe hier eine Kette von Nachteilen und Gefahren, von denen ich fürchte, daß sie immer größer werden. Der Herr Minister nannte meinte Ausführungen Senf nach der Mahlzeit. Das ist durchaus unzutreffend. Ehe ich mir eine neue und größere Portion bei der Mahlzeit bestelle, sehe ich doch erst zu, ob die erste Portion mir zuträglich war, und das ist hier nicht der Fall. (Beifall links.)

Geheimrat Habenstein sucht zahlenmäßig nachzuweisen, daß die Leistungen der Schulze-Delitzschen Genossenschaften für die Landwirte hinter denen der Zentralgenossenschaftskasse zurückständen.

Damit schließt die Diskussion.

Die Vorlage wird an die Budgetkommission verwiesen. Damit ist die Tagesordnung erschöpft.

Nächste Sitzung Mittwoch 1 Uhr. (Anträge Weyerbusch und Mies, betr. Aenderung einiger Bestimmungen des Kommunalsteuergesetzes, Antrag Gamp, betr. Revision der Bestimmungen über die Sonntagsruhe, Antrag Herold, betr. Uebernahme der Kosten der tierärztlichen Untersuchungen auf die Staatskasse.)

(Schluß 3¹/₄ Uhr.)

Herrenhaus.

3. Sitzung vom 15. Februar.

Eröffnung 2 Uhr.

Einziger Gegenstand der Tagesordnung ist die zweite Beratung des Antrages Herzog von Ratibor in Betreff der Bereitstellung von Mitteln zur dauernden Verbesserung der Hochwasserschutzverhältnisse besonders gefährlicher Privatflüsse der Provinzen Schlesien und Brandenburg.

Die Kommission beantragt durch den Berichterstatter Oberbürgermeister Büchtemann-Görlitz die Ueberweisung sämmtlicher zu dieser Angelegenheit gestellten Anträge als Material.

Graf Bückler warnt davor, allzu generell vorzugehen. Man müsse zwischen Tal und Gebirge unterscheiden. Besonders solle man sich davor hüten, große Kalipersen im Gebirge anzulegen, die in Amerika und in Frankreich das größte Unglück angerichtet hätten.

Graf Mirbach empfiehlt der Regierung die Berücksichtigung des Antrages Pieil, der sich gegen die Entwaldungen der Gebirgsgegenden richtet.

Dr. v. Lebetzow bittet, bei den Flußregulirungen recht vorsichtig vorzugehen und nicht Maßregeln zu treffen, die dem Einen wohl nützen, dem Andern aber schaden.

Landwirtschaftsminister Frhr. **v. Hammerstein** erklärt, daß im Sommer eine Vorlage ausgearbeitet werden soll, die den Provinzial-landtagen zur Beguachtung und im nächsten Winter dem Landtage vorgelegt werden soll.

Nach unerheblicher weiterer Debatte wird der Kommissionsantrag angenommen.

Nächste Sitzung Mittwoch 2 Uhr. (Anerbenrecht für Westfalen.)
Schluß 8¾ Uhr.

Parlamentarische Nachrichten.

.§§ **In der Budgetkommission des Reichstages** wurde gestern die Beratung des Militäretats fortgesetzt. Kap. 20, Gouverneure, Kommandanten und Platzmajore, wird bewilligt. Abg. Prinz **Arenberg** (Ztr.) bemängelt die Höhe der **Wohnungsmiete** von 30 000 M., die für den **Gouverneur von Berlin** bezahlt werde. Das stehe im argen Mißverhältnisse zu dem Gehalt von 12 000 M. Die große Wohnung sei nur eine Last für den Gouverneur. Generallieutenant Frhr. **v. Gemmingen** erwidert, daß der Kontrakt zum 1. Oktober ablaufe und nicht erneuert werden solle. Alsdann würde dem Gouverneur eine dem Gehalt entsprechende Mietsentschädigung gezahlt werden. Kap. 21, 22 u. 23 passiren ohne wesentliche Debatte. Bei Kap. 24, Geldverpflegung der Truppen, teilt auf Antrage des Abg. Dr. **Hammacher** Major **Wandel** mit, daß bei der gesammten Armee der Fehlbetrag an Offizieren 4 v. H. beträge. An **Assistenzärzten** bestehe, wie der Berichterstatter Graf **Roon** mitteilt, ein Fehlbetrag von 67 v. H. Aus der Mitte der Kommission wird das als ein sehr bedauerlicher Zustand bezeichnet. Es müsse alles geschehen, um den Fehlbetrag an Assistenzärzten zu beseitigen. Abg. **Bebel** (Soz.) glaubt, daß dieser Fehlbetrag darauf zurückzuführen sei, daß **grundsätzlich jüdische Aerzte zu diesen Stellen nicht zugelassen würden.** Auch seien die Gehaltsbezüge nicht ausreichend. Von dem Regierungsvertreter wird erwidert, daß keine Bestimmung bestehe, die jüdischen Aerzte ausschließen. Abg. **Bebel:** Unter den Medizinern seien 50 v. H. Juden, und diese hätten auf diesem Gebiete Bedeutendes geleistet, was auch die Antisemiten nicht in Abrede stellen könnten. Der Titel „Militärärzte" wird darauf bewilligt. Im Fortgang der Debatte befürwortet Graf **Roon** eine Gehaltsaufbesserung der Zahlmeister, erklärt sich jedoch gegen eine Gehaltserhöhung der Büchsenmacher, da diese Nebeneinnahmen haben. Auch hält er es nicht mit der Disziplin vereinbar, daß Militärbeamte sich mit Petitionen an den Reichstag wenden. Abg. Dr. **Lieber** will dagegen auch diesen Beamten das Petitionsrecht gewahrt wissen. Abg. **Radbyl** (Zentr.) berichtet über einen Fall, wo ein Vizefeldwebel nicht zur Offizierwahl gestellt worden sei, weil er einer duellfeindlichen Verbindung angehört habe. Auf Radbyl's Verwendung beim Kriegsminister sei der Betreffende zwar zur Wahl zugelassen, aber auf Veranlassung des Bezirkskommandeurs nicht gewählt worden. Der Vertreter der Regierung bittet um Mitteilung näherer Einzelheiten und sagt gegebenenfalls Abhilfe zu. Abg. Dr. **Hammacher** dankt der Militärverwaltung für die Aufbesserung des Gehalts der Stabshoboisten, wünscht aber, daß diesen auch eine Rangerhöhung zu Teil werde. Major **Wandel** sagt zu, daß der Stand der Stabshoboisten durch ein äußeres Zeichen, das sie von den Feldmusikern unterscheidet, ausgezeichnet werden solle. Als „Reuegeschenk" sind 85 145 Mk. ausgeworfen. Auf Antrage des Abg. **Hammacher** erklärt Major Wandel, alle Mannschaften, die am **Kaisermanöver** teilnehmen, erhalten je 50 Pf., die Unteroffiziere 1 M. Diese Zuwendung heiße Reuegeschenk. In Tit. 25 werden für vermischte Ausgaben 516 471 M. gefordert. In Verbindung mit diesem Titel wird die Forderung des Extraordinariums beprochen: „Zur weiteren Ausstattung der Armee mit Fahrrädern, erste Rate 310 080 Mark. Abg. **Gröber** (Ztr.) hat Bedenken gegen die hohe Summe. Der Regierungsvertreter bittet um volle Bewilligung. Auch die Abg. Prinz **Arenberg** und **v. Massow** befürworten die Forderung; ebenso Abg. **Müller**-Sagan (freis. Vpt.). Sie wird darauf bewilligt. Die drei ersten Titel des Kapitels „Naturalverpflegung" werden ohne wesentliche Debatte bewilligt. Nächste Sitzung heute.

. Der Reichstagsabgeordnete **Dr. Lütgenau** ist am Sonntag aus der Strafanstalt in Herford, wo er drei Monate wegen Majestätsbeleidigung verbüßte, entlassen worden. Auf dem Bahnhofe zu **Dortmund** wurde er von Parteigenossen empfangen.

Prozeß Zola.

Der Andrang in der Nähe des Gerichtsgebäudes und im Innern desselben hatte gestern wiederum nachgelassen; es ereigneten sich keine Zwischenfälle; doch war der Saal bei Eröffnung der Sitzung um 12¾ Uhr dicht gefüllt. Zunächst wurde der Gerichtsbeschluß bekannt gegeben, durch den die Anträge der Verteidigung abgewiesen werden, daß die Schriftverständigen Erklärungen über die von ihnen vor dem Esterhazy-Kriegsgerichte nach Ausschluß der Oeffentlichkeit gemachten Aussagen abgeben sollen. Alsdann gab General Gonse eine Erklärung gegen den Deputirten Jaurès ab, welcher ausgesagt hatte, der Generalstab hätte, da er kein Licht in der Sache wolle, dem Major Esterhazy eine „Herzstärkung", d. h. das „erlösende Schriftstück" zukommen lassen. General Gonse stellte diesen Angaben das entschiedenste Dementi entgegen. Niemand, sagte er, wünsche mehr als er, daß Licht, volles Licht geschafft werde und dazu werde er für sein Teil mit allen Kräften beitragen. Advokat Labori sagte hierauf: Da Sie dazu beitragen wollen, daß Licht geschafft werde, so bitte ich Sie, beim Kriegsminister folgendes zu beantragen: 1) daß er den General Mercier ermächtige, sich über das geheime Schriftstück auszulassen, das, wie wir wissen, dem Kriegsgerichte mitgeteilt worden ist; 2. daß Oberst Picquart vom Amtsgeheimniß entbunden werde; 3. daß das ursprüngliche Bordereau hierher gebracht werde; 4. daß die Schriftstücke, die als Material für die Schriftbegutachtung Bertillon's dienten, hierhergebracht werden; 5. daß Bertillon aufgefordert werde, Aussagen zu machen; 6. daß die Schriftverständigen im Esterhazy-Prozeß gleichfalls aufgefordert werden, Aussagen zu machen.

General Gonse antwortet hierauf, er sei nicht befugt, dieses Ersuchen an den Kriegsminister zu übermitteln. Labori versetzte alsdann: Nun, so spreche man uns auch nicht mehr von Licht schaffen!

Es wurde nunmehr zur Vernehmung des Schriftgutachters Crepieux-Jamin geschritten.

Ueber den weiteren Verlauf der Verhandlungen wird telegraphirt:

Crépieux-Jamin protestirt mit äußerstem Nachdruck gegen die gestrigen Aeußerungen des Zeugen Teyssonnières, der ihn beschuldigte, er hätte ihn Namens der Familie Dreyfus zu bestechen versucht. Das ist nicht eine Verstöße, sagt Crépieux, es ist der reine Roman. Er berichtet, Teyssonnières habe zu ihm Folgendes gesagt. Es ist nicht Bertillon gewesen, der die Verurteilung des Dreyfus herbeiführte, Bertillon ist verrückt (Gelächter); ich habe Licht in die Sache gebracht und auf meinen Bericht hin ist er verurteilt worden, nur auf meinen Bericht. (Verschiedene Ausrufe in der Zuhörerschaft.) Teyssonnières sei die Sache zu Kopfe gestiegen und so sei er dazu gekommen, die unrichtige Erzählung über ihre Unterhaltung zu geben, offenbar in der Hoffnung, ihn, Crépieux, bloßzustellen. Er sei unzufrieden gewesen, daß er, Crépieux, seine Meinung über die Schuld des Dreyfus nicht teilte und hier liege zweifellos das Geheimniß seiner Haltung ihm gegenüber. Anwalt Labori fragt: Ist der Zeuge Israelit, wie man gesagt hat? Crépieux: Ich bin Katholik, aus einer alten französischen Familie, Zahnarzt von Beruf. Ich habe den ersten Bericht über das Bordereau verfaßt und zwar als Dilettant, weil man mich darum ersucht hat. Ich bin kein Graphologe, sondern ein einfacher Privatmann, der wie jeder seine Meinung über die Identität der Handschrift des Bordereaus und jener Esterhazy's hat. Hierauf wird Professor **Paul Meyer vom Collège de France, der Direktor der Ecole** des Chartes, vernommen. Labori fragt: Ist der Zeuge Israelit? Zeuge: Ich bin Katholik. Was auch Drumont in seinem Buche „La France juive" gesagt haben mag, ich erkläre nachdrücklich, daß ich durchaus nicht die Absicht habe, meinen Glauben abzuschwören und die Religion zu wechseln.

Das Verhör des Professors Meyer wird fortgesetzt. Derselbe sagt aus: Ich prüfte die Facsimilia des Bordereau, welche so genau, wie nur möglich sind, eingehend. Zeuge giebt sodann eine wissenschaftliche Auseinandersetzung über die Veränderung des Gliché, welche das Abziehen auf einer Rotationsmaschine mit sich bringen kann. Ein Zeuge hat ausgesagt, dies erinnere sehr an eine Fälschung. Es war General Pellieux, welcher hier derartige Aeußerungen getan hat. Ich erkläre, daß nichts daran ist. Ich finde auf alle Fälle dieses Urteil sehr übertrieben. Ich möchte, daß der Zeuge, der dies erklärt hat, mir auseinandersetzte, wie man im Jahre 1896, als man noch nicht von Esterhazy sprach und Niemand noch auf ihn einen Verdacht warf, daran hätte denken können, eine Fälschung an dem Gliché des Bordereau vorzunehmen, und zu welchem Zwecke? Die Antwort scheint mir nicht sehr leicht zu sein. Ich bin in der Tat nicht mit einem fertigen Urteil hierher gekommen. Ich fordere, daß man mir Aufklärungen gebe in dieser so traurigen Angelegenheit. Ich war tief betrübt, als ich sah, daß man in dieser so ernsten Sache Bertillon mit der Expertise betraut hatte, dessen Verfahren jeder Methode, jedem vernünftigen Sinnes entbehrt. (Lachen.) Hinsichtlich der Schrift Esterhazy's erklärt Zeuge, daß dieselbe durchaus derjenigen im Bordereau gleiche. Labori will hierauf an die Schreibsachverständigen Couard, Belhomme und Varinard Fragen stellen und bittet den Präsidenten, dieselben wieder aufzurufen. Der Präsident verhält sich jedoch durchaus ablehnend. Labori erwidert, er werde Anträge in diesem Sinne stellen. Präsident: Sei es, stellen Sie Ihre Anträge. Der Gerichtshof wird darüber entscheiden.

Labori verliest alsdann seinen Antrag, der Gerichtshof möge ihm beurkunden lassen, daß der Präsident, noch ehe der Verteidiger eine Frage formulirt hätte, ihm untersagte, dieselbe zu stellen. Der Gerichtshof erläßt, nachdem er sich zu kurzer Beratung zurückgezogen, Beschluß dahin, daß nach Bestimmung des Artikels 270 der Strafprozeßordnung der Präsident zu Recht die Stellung einer Frage verweigert habe, welche nur unnütz die Verhandlung verlängern könne. Der Präsident bemerkt hierzu: So wird es jedes Mal geschehen, wenn Sie unnütz Fragen stellen wollen. Der Gerichtshof wird Ihnen jedesmal den gleichen Beschluß entgegensetzen. Labori erwidert hierauf: Das ist also ein Beschluß mit reglementmäßiger Kraft! Jawohl, erwidert der Präsident.

Labori fügt hinzu: „Ich protestire mit aller Energie, deren ich fähig bin. Es ist das erste Mal, daß vor einem Gerichtshofe ein derartiger Beschluß den Anträgen des Verteidigers entgegengestellt wird." Der Präsident erwidert: „Protestiren Sie, so viel Sie wollen. Es bleibt dabei. (Bärm.) Monnier, Professor am Collège de France, sagt aus, er könne bei seiner Seele und seinem Gewissen bestätigen, daß alle Formen der Schrift Esterhazy's genau denjenigen im Bordereau glichen, von dem er ein Facsimile vor Augen gehabt habe. Der Präsident fragt Molinier: Für wen haben Sie diese Untersuchungen angestellt? Antwort: Nun, für mich persönlich, denn die Angelegenheit interessirte mich, wie sie, wie ich glaube, alle Franzosen interessirt. Verteidiger Clémenceau erklärt: Sie erinnern sich, meine Herren Geschworenen, der Umstände, unter denen der Gerichtshof den Befehl gab, der Untersuchungsrichter Berthulus solle Madame Boulancy verhören. Im Nachfolgenden haben Sie im Wesentlichen das Ergebniß des Verhörs. Frage: Haben Sie Briefe in Händen oder bei dritten deponirt, welche Esterhazy Ihnen geschrieben hat? Madame Boulancy: Ja, ich habe gewisse Briefe in Händen. Frage: Haben Sie von Esterhazy nicht Telegramme erhalten? Antwort: Ich habe zwei Telegramme erhalten. Frage: Enthielten diese Telegramme Drohungen? Antwort: Es war keine Drohung darin enthalten; sie waren in höflichster Form, aber auch in den dringendsten Ausdrücken abgefaßt und bezweckten, die Briefe zurückzuerhalten, die Esterhazy mir 1881 und 1884 geschrieben hatte. Frage: Sind die Briefe für Esterhazy kompromittirend? Antwort: Sie sind vielleicht ebenso kompromittirend, wie der Brief, in welchem das Wort „Ulan" vorkommt; sie enthalten in Bezug auf die Armee und auf Frankreich Aeußerungen, die von gewisser Wichtigkeit sind. (Bewegung.) Frage: Warum haben Sie Esterhazy die Briefe nicht zurückgegeben? Antwort: Weil ich sie bei der Hand behalten will, um zu beweisen, daß ich keine Fälschung begangen habe, wie man mich dessen mit Bezug auf die übrigen veröffentlichten Briefe beschuldigt hat. Frage: Ist Esterhazy in der letzten Zeit einige Male bei Ihnen gewesen? Antwort: Er ist drei oder vier Mal gekommen und zwar immer um die Briefe zurückzufordern.

Advokat Clémenceau bringt hierauf den Antrag ein, das Gericht möge beschließen, einen Richter zu Frau Boulancy zu senden, der die Gesammte darüber befragen soll, ob in den in ihrem Besitz befindlichen Briefen nicht folgende Stellen vorkommen: „1. General Saussier ist ein Clown bei uns, die Deutschen würden ihn nicht in den Zirkus stellen. 2. Wenn die Preußen bis Lyon kämen, so könnten sie ihre Gewehre fortwerfen und brauchten nur die Badestöcke zu behalten, um die Franzosen vor sich her zu treiben."

Es folgt die Vernehmung dreier Sachverständiger, die sich aus Siebhaberei mit Untersuchung von Handschriften beschäftigen. Alle drei versichern, **das Facsimile sei eine getreue Reproduktion der Schrift Esterhazy's.**

Es wird nun der Brüsseler Advokat **Felix Franz** vernommen, der erklärt, er brauche für seine Demonstration, die ungefähr eine Stunde dauern werde, eine schwarze Tafel. Während die Sitzung suspendirt wird, läßt Labori eine schwarze Tafel herbeischaffen.

Nach Wiederaufnahme der Sitzung beginnt Franck seine Demonstration. Er befestigt auf der schwarzen Tafel Facsimilia des Bordereaus und der Schrift Esterhazy's und ergebt sich in langen Auseinandersetzungen über dieselben, an deren Schlusse er sagt: **„Ich erkläre auf mein Gewissen, daß eine einzige Person das Dokument geschrieben hat, daß Esterhazy allein in der Welt es hat schreiben können!"** (Bewegung und Unterbrechungen.) Franck ruft: „Ich wollte schließen, da man mich aber unterbricht, fahre ich fort." Präsident: „Ich bitte Sie, vor dem Gerichtshofe eine andere Sprache zu führen, diese ist unpassend!" Labori: „Und ich, Herr Präsident, bitte Sie, die Zuhörer zum Schweigen aufzufordern. Wie Sie aber sehen, sind es nicht mehr die Advokaten, die Kundgebungen machen." Franck fährt fort: „Ich finde, daß der, welcher das Bordereau geschrieben hat, **einen germanischen Geist hat",** und schließt mit der Prophezeiung, einen oder den anderen Tag werde man zu der Erkenntniß gelangen, **daß das Bordereau nicht von dem geschrieben worden ist, den man verurteilt hat.** Hierauf wird Grimand, Mitglied des Instituts de France, und Professor B. an der polytechnischen Schule vernommen. Grimand erklärt, er habe den an die Deputirtenkammer gerichteten Protest mitunterzeichnet, weil er gefühlt habe, daß es sich um die Achtung des Gesetzes und um die Ehre des Vaterlandes handle. Er habe in beiden Affairen so seltsame Dinge entdeckt, daß er sich in seinem Gewissen beunruhigt gefühlt habe; alles in dem Verfahren der Sachverständigen und der sieben Mitglieder des Kriegsgerichts, die sich mit Ersterem getäuscht hätten, sei ihm seltsam erschienen. Grimand fügt hinzu: „Trotz aller versteckten Drohungen und Einschüchterungsversuche, versichere ich, **daß die Revision des Prozesses unabweisbar ist, und daß wir alles daran setzen werden, sie zu erlangen."**

Labori fragt: „Von welchen Einschüchterungen sprechen Sie?" Grimand: „Als ich den Protest unterzeichnet hatte, ließ der Kriegsminister mich offiziös fragen, ob ich wirklich den Protest unterzeichnet habe. Ich habe dann erfahren, daß der Kriegsminister am folgenden Tage dem Ministerrate ein Dekret unterbreitet hat, **in welchem trotz meiner 34jährigen Dienstzeit meine Amtsentsetzung ausgesprochen wurde.** Wie man mir mitgeteilt hat, hat sich der Ministerrat aber dahin ausgesprochen, daß mein achtungsvoller Protest nur mein Recht, wie das eines jeden Bürgers sei. Später ist mir mitgeteilt worden, **der Kriegsminister habe den Direktor der polytechnischen Schule aufgefordert, eine Untersuchung gegen mich einzuleiten,** denn ich hätte eine gegen die Armee gerichtete Adresse unterzeichnet. Der Zeuge protestirt in längerer Rede dagegen, daß seitens des Kriegsministeriums sein Patriotismus angezweifelt werde. Einige stark chauvinistisch gefärbte Stellen in seiner Rede werden vom Publikum mit demonstrativem Beifall aufgenommen.

Havel, Mitglied des Instituts de France und Professor am Collège de France erklärt, er habe, wie so viele Andere, eine Untersuchung über das Bordereau und über Briefe Dreyfus' und Esterhazy's angestellt. Zeuge führt einen Brief Dreyfus' an, in welchem der Satz vorkommt: „Ich habe Denen, die mich haben verurteilen lassen, eine Pflicht vermacht, der sie sich, ich bin dessen sicher, nicht entziehen werden", und erbietet sich, vor den Geschworenen den Beweis zu führen, daß die Buchstaben in diesen Worten nicht den Buchstaben in dem Bordereau gleichen. Zeuge kommt zu dem Schlusse, daß es fast unmöglich sei, daß das Bordereau nicht von Esterhazy herrühre.

Nach der Vernehmung Havel's wird die Sitzung geschlossen.

Industrie, Handel, Börse.

× **Berliner Handelsgesellschaft.** In der gestrigen Sitzung des Verwaltungsrats wurden die Abschlüsse der Berliner Handelsgesellschaft und der Bankfirma Breest & Gelpcke für das abgelaufene Geschäftsjahr vorgelegt. Aus dem von der Firma Breest & Gelpcke erzielten Ueberschuss wird das Kommanditkapital von 14½ Millionen Mark mit 5½ pCt. (5 pCt.) verzinst. — Der Abschluss der Berliner Handelsgesellschaft ergiebt nach Absetzung eines zu Abschreibungen verwendeten namhaften Betrages einschliesslich des aus dem Vorjahre übernommenen Vortrages von 285 610 M. einen Bruttogewinn von 10 260 685 M., gegen 9 328 804 M im Vorjahre. Hiervon entfallen:

	1897		1896
auf Zinsen-Konto	4 517 942 M.	gegen	4 263 257 M
auf Wechsel-Conto	806 722 „	„	629 709 „
auf Provisions-Konto	2 195 010 „	„	2 188 141 „
auf Effekten- und Konsortial-Konto nach Abzug der vorerwähnten Abschreibung	2 455 399 „	„	1 797 699 „

Von dem erzielten Bruttogewinn sind die Verwaltungskosten mit 976 369,60 M. (1896 1 007 517,80 M.) und die Steuern mit 369 323,95 M. (1896 354 694,90 M.) abzusetzen; alsdann bleibt ein Reingewinn von 8 914 992,15 M. gegen 7 934 668,35 M pro 1896 verfügbar. Auf den Antrag der Geschäftsinhaber setzte der Verwaltungsrat die Dividende für das Kommanditkapital von 80 Millionen Mark auf 9 pCt. (wie im Vorjahr) fest. Dem Pensionsfonds der Angestellten soll eine Dotation von 50 000 M. überwiesen werden, wodurch dessen Vermögensstand auf 1 251 441 M. (1896 1 160 767 M.) gebracht wird; der nach Abzug der statut- und vertragsmässigen Tantièmen verbleibende Restbetrag von 397 068 95 soll auf neue Rechnung vorgetragen werden. — Aus den Gewinnziffern geht hervor, dass das Institut im abgelaufenen Geschäftsjahr in günstiger Weise gearbeitet hat. Sämmtliche Gewinnpositionen weisen Ueberschüsse gegen das Vorjahr auf. Auch aus diesem Abschlusse ersieht man, dass das Börsengesetz die Entwicklung der grossen Bankinstitute nicht zu hindern vermocht hat, dass es die Position derselben vielmehr gestärkt und gekräftigt hat.

○ **Zulassungsstelle.** Folgende Zulassungsanträge wurden bei der Zulassungsstelle der hiesigen Börse gestellt: Von der Preussischen Bodenkreditaktienbank die Zulassung von 30 Millionen Mark ihrer 3½prozent. Hypotheken-Pfandbriefe Serie XVI unkündbar bis zum Jahre 1907; von der Firma Jacob Landau und der Breslauer Diskontobank die Zulassung von 3 Millionen Mark Aktien der Spinnerei A.-G. vorm. J. F. Klauser in M.-Gladbach; von der hiesigen Firma Herz Clemm & Co. die Zulassung von 2 480 000 M. vollgezahlte Aktien der Bergbau- und Hütten-A. G. Friedrichshütte in Neunkirchen.

)-(**Norddeutsche Gummi- und Guttaperchawaaren-Fabrik (vorm. Fouroobert & Reimann).** Der Aufsichtsrat schlägt nach 21 286 M. (22 693 M.) Abschreibungen 7½ pCt. Dividende wie im Vorjahre vor.

+ **Ilse, Bergbau A.-G.** Wie wir hören, hat die Mitteldeutsche Kreditbank einen grösseren Posten Aktien der Ilse, Bergbau-Aktien-Gesellschaft in Grube Ilse N./L. erworben und beabsichtigt, dieselben voraussichtlich im Laufe des nächsten Monats an der hiesigen Börse in den Verkehr zu bringen. Das Erträgniss der Ilse, Bergbau-Aktien-Gesellschaft wird bei starken Rückstellungen mit 7½ pCt. in Vorschlag gebracht.

+ **Neue Dampfer-Compagnie in Stettin.** Der Aufsichtsrat schlägt für 1897 auf das zusammengelegte Aktienkapital von zwei Millionen Mark 5 pCt. Dividende vor gegen 2 pCt. im Vorjahre auf 3 Millionen Mark.

+ **Sächsische Bank in Dresden.** Der Aufsichtsrat schlägt für 1897 6½ pCt. Dividende vor.

+ **Consolidirtes Braunkohlenwerk Caroline bei Oßleben.** Nach dem Geschäftsbericht für 1897 verbleibt nach 48 006 M (55 277 M.) Abschreibungen ein Reingewinn v n 137 474 M. (71 259 M.). Hiervon erhält der Reservefonds 6873 M. (3562 M.), die Dispositionsreserve 1374 M. Die Dividende ist auf 8 pCt. (6 pCt.) festgesetzt.

)-(**Oberschlesische Eisenbahnbedarfsgesellschaft.** Nach dem Abschluss für 1897 ergiebt sich ein Bruttogewinn von 2 172 567 M. (1 693 783 M.), wozu noch 65 000 M. (39 000 M) Gewinn aus den Milowicer Aktien treten. Der Aufsichtsrat beschliess, 1 012 805 M. (825 403 Mark) an Abschreibungen zu benutzen und 6½ pCt. (5 pCt.) Dividende zu verteilen. Nach Mitteilung der Direktion sind die Werke bis Mitte des laufenden Jahres betriedigend beschäftigt.

Konkurse.

Auswärts: Handelsmann Louis Hölig in Rodewisch. — Wein- und Hopfenhändler Baruch Wurmser in Bischweiler. — Kaufmann Josef Weinfurter in Boyen. — Bäcker Franz Benz in Bühl. — Cognakfabrikant Leopold Neu in Freinsheim. — Walkermeister Julius Kaulfers in Forst. — Krämer Alfons Waltzer in Bergholz. — Manufakturwaarenhändler Samuel Heinrich Buhmann, alleiniger Inhaber der Firma I. S. H. Buhmann zu Hamburg, 2. S. H. Buhmann u. Meyer in Marne. — Kaufm. Gustav Hemrich in Aulowöhnen. — Firma Fr. H. Landau in Marktbreit. — Sägemüllerscheleute Anton u. Victoria Jedelhäuser in Grünegg. — Wirt Georg Josef Kuhn in Elmstein. — Wagnermeister Johannes Hahn in Frickenhausen. — Kaufm. Wilhelm Brosius in Rixdorf. — Steinmetzmeister Fritz Sperling in Schwerin a. W. — Händler Gustav Schneider in Schwiebus. — Kolonialwaarenhändler Georg Meyer in Letschin. — Offene Handelsgesellschaft Zangrides & Vögeli in Smyrna. — Handelsmann Marcus Bader in Stettin. — Kaufm. Richter in Strassburg i. E. — Rentner Friedrich Japke in Borsfelde.

Letzte Nachrichten.

Budapest, 15. Februar. Einer Blättermeldung zufolge empfing der Kaiser den Minister des Innern Perczel in Budapest, welcher dem Monarchen über die Unruhen im Szabolcser Komitat Bericht erstattete. Der Minister entsandte den Chef des Landespolizeiwesens Sellay als Regierungskommissar in das Szabolcser Komitat.

Rom, 15. Februar. Die Deputirtenkammer genehmigte in geheimer Abstimmung mit 188 gegen 26 Stimmen den Gesetzentwurf, wonach für dieses Jahr der 4. März zur Feier des Verfassungsfestes anläßlich des 50. Jahrestages der Veröffentlichung der Verfassung festgesetzt wird. — Im Senat wurde der Gesetzentwurf mit 73 gegen eine Stimme angenommen.

London, 15. Februar. Lord William Nevill ist heute wegen Betruges zu fünf Jahren Zwangsarbeit verurteilt worden. Derselbe hatte seiner Zeit einen reichen jungen Offizier unter falschen Vorspiegelungen veranlaßt, Schuldscheine auf 11 000 Pfund zu unterschreiben, ohne den Offizier den Inhalt der Dokumente, welche er unterzeichnete, sehen zu lassen. Nevill verschaffte sich darauf von einem jüdischen Geldverleiher mehrere tausend Pfund, indem er diese Schuldscheine als Sicherheit gab.

Christiania, 15. Februar. Wie verlautet, haben die ehemaligen Minister Thielesen und Konow heute eingewilligt, in's Steen'sche Ministerium einzutreten. Der König wünscht morgen Mittag die Ministerliste von Steen zu empfangen.

Frankfurt a. M., 15. Februar. Oestr. Kreditaktien 308½, Franzosen 293¼, Lombarden 71½, Ungar. Goldrente 103,40, Gotthardbahn 150 60, Diskonto-Kommandit 203,10, Dresdner Bank 163,80, Berliner Handelsgesellschaft 172,70, Bochumer Gussstahl 196,50, Dortm. Union —,—, Harpener 175,00, Hibernia 190,20, Laurahütte 182,10.

Paris, 15. Februar, Nachm. (Schluss-Course.) 3 proz. Rente 103,60 4 proz. Anleihe —,—. Italiener 94,12. Franzosen 728,00. Lombarden —,—. Türken 22,57. Suezkanal-Aktien 3329. Ottomanbank 561,00.

Wien, 15. Februar, Nachmittags. (Schluss-Course.) Ungarische Kreditaktien 384,50. Oestr. Kreditaktien 364 25. Franzosen 339,75, Lombarden 80,50. Galizier —,—. Nordwestbahn 250,00. Elbethalbahn 263,00, Oestr. Papierrente 102,40. do. Goldrente 122,55. 5 proz. ungar. Papierrente —,—. 4 proz. ungar Goldrente 121,50. Markuoten 58,80. Napoleons 9,53. Bankverein 264.50. Tabakaktien 135,25. Unionbank 302,50, Länderbank 217,00. Alpine Montan 148,25.

London, 15. Februar, Abds. 5 Uhr 35 Min. Preuss. Konsols —,—, Engl. 2¾ proz. Konsols 112⅞, konvert. Türken 22⅞, 4 proz. konsolid Russen 1889 (II. Serie) 104¼, Italiener 93, 4 proz. ungarische Goldrente 101¾, 4 proz. unifiz. Aegypter 108⅛, Ottomanbank 12⅞, 6 proz konsolidirte Mexikaner 98⅞, Rio Tinto —,—, Silber —,—, 4½ proc. äussere Argentinier —,—, Union Pacific —.

Amsterdam, 15. Februar. Bancazinn 38½.

London, 15. Februar. Chile-Kupfer 49 9/16, per 3 Monat 49⅞.

Hierzu Beiblatt.